

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Wittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Willi Plumhoff, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Brannsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer: 1567. Für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspreisliste Seite 416. — Bezugspreis: Vierteljährlich einchl. Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2,70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postanstalten vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die Tagesblätter 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamte 10 Pf. — Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5256 Berlin.

Nr. 285.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Dezember 1917.

28. Jahrgang.

Kampf um Preußen.

In diesem Mittwoch wird in Preußen der Kampf um den innern Frieden entbrennen. Der Reichsfanzler und preussische Ministerpräsident Graf Hertling wird die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus einbringen und persönlich begründen. Das preussische Dreiklassenhaus wird also einen seiner großen geschichtlichen Tage erleben, der freilich noch lange kein Entscheidungstag sein wird. Man erwartet für diesen Tag eine kluge und geschickte Rede des Grafen Hertling, aber der alte Herr könnte mit Engelszungen reden, den

Widerstand derer um Heydebrand

wird er mit dem Gauch seines Mundes nicht brechen. In der Debatte wird es Kritik von rechts und links und ganz artige Eiertänze aus der Mitte geben, und dann werden die drei Vorlagen dahin gehen, wohin sie die Konservativen haben wollen, nämlich in die Kommission. Von dort sollen sie dann nie wieder herauskommen, oder aber nur in so fürchterlich veränderten Zustand, daß selbst ihr bester Freund sie nicht mehr zu erkennen vermöchte.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist die zweite die schlimmere. Eine Verschleppung der preussischen Wahlreform, und dauerte sie noch so lange, ist nicht so gefährlich wie das Zustandekommen der Wahlreform auf veränderter Grundlage. Gelingt es den Konservativen, die Gesetzgebung des gleichen Wahlrechts hinauszuschieben, so erfolgt sie später desto gewisser. Es geht dann mit ihr wie mit dem Steine, der, je länger er fällt, desto stärkere Durchschlagkraft bekommt. Etwas anderes wäre es, wenn es den Konservativen gelänge, das gleiche Wahlrecht der Vorlage durch ein ungleiches, ein Mehrstimmen- oder Berufsständiges Wahlrecht zu ersetzen. Dann gäbe es überhaupt keine Aussicht, in irgendeiner absehbaren Zeit zum gleichen Wahlrecht zu kommen, es wäre denn durch einen Verzweifelungskampf.

Die Gefahr, daß es den Konservativen gelingen könnte, das

gleiches Wahlrecht durch ein ungleiches

zu ersetzen, ist allerdings nicht sehr groß. Ist es schon an sich ein politisches Kunststück, ohne und gegen die Regierung eine Mehrheit zusammenzubringen, die positiv arbeiten kann, so müßte das im Abgeordnetenhaus gescheiterte Wahlrechtskompromiß auch noch das Herrenhaus passieren. Es ist aber tausend gegen eins zu wetten, daß das Herrenhaus bei seiner gegenwärtigen Gesinnungsbefchaffenheit ein noch so fein ausgeklügeltes Wahlrechtskompromiß der Rechten als viel zu radikal und demokratisch ablehnen würde. Ja sagen wird die Kammer der Edeln und Erlauchten doch erst dann, wenn die Regierung die dazu nötigen Handgriffe anwenden wird.

Wäre aber über eine Wahlreform ohne gleiches Wahlrecht

trotz alledem eine Vereinbarung zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus zustande gekommen, so käme dann noch das allergrößte Hindernis. Im Gegensatz zum Reiche, wo der Kaiser die Gesetze nur zu publizieren, aber nicht zu bestätigen hat, ist in Preußen das Zustandekommen eines Gesetzes

von der königlichen Sanction abhängig.

Neben dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus ist der König dritter Faktor der Gesetzgebung. Kein Beschluß des Landtags kann Gesetz werden, ohne seine Zustimmung. Der König von Preußen hat aber durch die Wahlrechtsfundgebung vom 11. Juli seinem Volke das gleiche Wahlrecht versprochen, er kann also unter keinen Umständen ein Gesetz sanktionieren, das nur zu dem Zwecke gemacht worden ist, das Volk um das gleiche Wahlrecht zu pressen. Keine Regierung kann so gewissenlos sein, dem König eine Sanction anzuraten, die nichts anderes als eine Sanction des Wortbruchs wäre.

Die Vermine, eine Wahlreform ohne gleiches Wahlrecht durchzuführen, scheinen daher so ziemlich ansichtslos. Der Landtag steht in Wirklichkeit nur vor der Frage, ob er das gleiche Wahlrecht einführen oder es beim Dreiklassenwahlrecht belassen wolle. Das letztere ist offenbar die eigentliche Absicht der Konservativen, obwohl sie jetzt selbst einzusehen behaupten, daß das Dreiklassenwahlrecht unbehaltbar gemindert sei. Die sogenannte positive Arbeit, zu deren Leistung sie sich anheißig machen, ist weiter nichts als ein Scheinmanöver, dazu bestimmt, das Zustandekommen der

einzig möglichen, einzig wirklichen Wahlreform zu vereiteln.

Da ist es freilich schwer, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie sich in diesen Menschenköpfen die Welt malt. Etwas Heilloses an doktrinärem Fanatismus und verkannter Dummheit läßt sich kaum denken, als die Haltung der Konservativen gegenüber der Wahlreform. Was sie damit erreichen, ist

im besten Falle der Zeitgewinn

von Monaten, wenn man weit gehen will, von Jahren. Diesen Zeitgewinn bezahlen die Konservativen damit, daß sie eine Vereinerung aller andern Parteien und der Regierung gegen sich notwendig machen. Sie bringen sich damit in eine Lage, die eine Partei nur dann aushalten kann, wenn sie über ungeheure Reserven im Volk und über eine unerhörliche Verbekraft verfügt. So konnte z. B. die Sozialdemokratie sich gegen die Regierung und gegen alle andern Parteien durchsetzen. Aber können es die Konservativen? Durch ihre Haltung setzen sie sich nicht nur in Widerspruch zu dem königlichen Willen, was für sie als angelegliche Monarchisten an sich schon eine höchst fatale und tragikomische Situation ist, sie geraten nicht nur in Gegensatz zur Regierung und allen nicht ultrareaktionären Parteien, sondern auch mit dem Willen des Volkes, das sie bekämpfen damit ein

Unwetter des Volkszorns

über ihre Häupter herauf. Sie verderben es sich mit allen und schneiden sich jede Lebensmöglichkeit ab. Sie gleichen damit dem gewissenhaften Selbstmörder, der sich, nachdem er Gift genommen hatte, über dem Wasser erhängte und zum Ueberflus noch erschöß.

Man könnte diesem Experiment der konservativen Partei ohne übertriebenes Mitgefühl zusehen, wenn dabei nicht auch andre Güter in Gefahr kämen als die dem deutschen Volke immerhin entbehrliche politische Erziehung des preussischen Junkertums. Die Kämpfe aber, die die Konservativen aus purer närrischer Verzweiflung, trotz ihrer offensichtlichen Ausichtslosigkeit zu führen entschlossen sind, bedrohen das Dasein des preussischen und deutschen Volkes mit der schwersten und gefährlichsten Ruhestörung. Die Regierung würde sich eine Lebensrettermedaille am Bande verdienen, wenn sie die gemeingefährlichen politischen Selbstmörder von der konservativen Partei durch die Anwendung der geeigneten Mittel so rasch wie möglich zur Räion brächte.

Sammlung gegen die Reform.

Ueber eine vertrauliche konservative Denkschrift gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen wird uns geschrieben:

Die um Heydebrand wissen, daß, wenn das preussische Dreiklassenwahlrecht fällt, es um eine der festesten Verankerungen des aller zeitgemäßen politischen Neuorientierung todfeindlichen echt preussischen Konservativismus gehen wird. Dessenhalb wird das von den Nutznießern des „fast idealen“ Selbstwahlrechts bestritten, vielmehr in der Presse und im Parlament die Behauptung gewagt, die Zusammenziehung des preussischen Abgeordnetenhauses sei der politischen Gesinnung des preussischen Volkes entsprechend. Der wahre Sachverhalt ist aber auch den Feinden der Wahlrechtsreformen bekannt, oder sollten sie ihn noch nicht gekannt haben, dann wird ihnen nach dem Studium der Denkschrift über die Wirkungen der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ein kräftiger Seitenhieb angehen.

Diese Denkschrift, signiert von einem Bruder im demokratischen Anklam, dem Wahlkreis des Abgeordnetenhauspräsidenten Grafen Scherwin-Löwis, dürfte nicht für den öffentlichen Buchhandel bestimmt sein, sondern in offenkundig als vertrauliches Dokument für alle Gegner des Reichstagswahlrechts von einem durchaus konservativen Autor mit anerkanntem Wertesitze verfaßt. Es dürfte jedoch auch nicht konservative Kreise interessieren, zu erlauben, zu welchem Preis die Denkschriftverbreiter kommen, indem er Wahlkreis für Wahlkreis, Partei für Partei anrechnet, wie der Preußenlandtag nach der Einfüh-

rung des Reichstagswahlrechts aussehen würde. Das Resultat ist, um es vorweg zu sagen, das glatte Eingeständnis der grandiosen

Fälschung der öffentlichen Meinung

durch das Dreiklassenwahlrecht.

Auf Grund seiner sorgfältigen Untersuchungen gelangt der konservative Denkschriftverfasser zu folgender Gegenüberstellung:

	Jetzige Zahl der preussischen Landtagsmandate	Zahl der Mandate nach Einführung des Reichstagswahlrechts
Konservative	148	62
Freikonservative	54	17
Nationalliberale	73	31
Christliche	40	34
Zentrum	103	102
Polen	12	35
Dänen	2	1
Welfen	0	5
Sozialdemokraten	10	114
Sonstige	2	12

Dem konservativen Denkschriftler kommt es nicht in den Sinn, die Unterdrückung der Volksstimme durch das „elendeste aller Wahlsysteme“ zu beklagen. Er wird es mit Herrn von Heydebrand „fast ideal“ finden. Die preussischen Volksmassen sind, beruhigt durch die öffentliche Meinung, der gerechter Born gegen das Privilegiertenwahlrecht wird, wenn es möglich ist, nun noch bestärkt werden, wenn es hierdurch vernimmt, daß man sich auch in den Reihen der Wahlrechtsreformfeinde völlig klar ist über die Inkompentenz des Dreiklassenparlamentes, sich eine Volksvertretung zu nennen. Es ist eine

Privilegiertenkammer einseitigster Art.

Die großen Volksmassen, die eigentlichen produktiven Schichten, sind so gut wie ausgeschaltet.

Selbstverständlich bemüht sich die „Denkschrift“, den sogenannten „produktiven Ständen“ die Einführung des Reichstagswahlrechts als den Zusammenbruch Preußens auszumalen. Hierbei wird nach bekannter Weise besonders auf die häuerlichen und kleinstädtischen Wählerkreise hingewiesen. Die Berufszählung der gegenwärtigen Landtagsabgeordneten hat aber ergeben, daß unter ihnen der Großgrundbesitz durch 123 Vertreter repräsentiert wird, während die unvergleichlich viel zahlreicheren mittleren und kleinen Bauern nur 55 Vertreter besitzen. Charakteristisch für die Bauernfreundlichkeit der Konservativen ist die Tatsache, daß in ihrer Fraktion nicht weniger als 55 Großgrundbesitzer, dagegen nur 16 mittlere und kleine Landwirte sitzen! Wenn das unsre zahlreiche häuerliche Bevölkerung ernstlich bedenklich, dann wird sie auch erkennen, was sie von den konservativen Behauptungen an ihre Adresse zu halten hat.

Nicht anders sieht es mit dem Verhältnis von großindustriellen und kleinstädtischen Vertretern. Neben 26 markanten Vertretern der Großindustrie

(17 allein in der freikonservativen und nationalliberalen Fraktion) kommen nur 8 Kleingewerbetreibende und Handwerker vor. Das agrarische und industrielle Großunternehmertum, an Kopfszahl im Lande nur gering, dominiert dank dem Selbstwahlrecht im preussischen Landtag entscheidend über die Vertreter der ungeheuer viel zahlreicheren Masse der Bauern, Handwerker und Kleingewerbetreibenden. Dennoch sucht die konservative „Denkschrift“ diese beinahe ausgeschalteten gaulich zu machen vor der Einführung des Reichstagswahlrechts. Dieses würde die Sprechensherrschaft der Masse bedeuten, worunter natürlich die Vertretung von Eigentum, Thron, Altar und so weiter verstanden sein soll. Die Sammlung „alter staats-erhaltenden Elemente“ gegen die teuflische Neuorientierung ist ja der Zweck beider „Denkschriften“.

Der konservative Statistiker errechnet eine kolossale Verminderung der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Mandate (von 275 auf 110) als Wirkung des Reichstagswahlrechts. Diese drei Fraktionen, die sich bekanntlich am geschlossensten

gegen ein neues Preußen

wenden, haben heute im Landtag für sich die große Mehrheit (275 Mandate von 443). Diese Mehrheit entspricht nicht der wahren Volksstimme, das erhärtet nun die kon-

verbattene „Denkschrift“ unwiderleglich. Diese künftliche Mehrheit soll jedoch „im Staatsinteresse“ notwendig sein. Dem Zentrum errechnet die Denkschrift auch unter der Geltung des Reichstagswahlrechts seine bisherige Mandatsziffer. Die Festigkeit des „Zentrumsturms“ muß bei dem Denkschriftler gerade keine behaglichen Gefühle auslösen, sind doch seine Parteigenossen auch die Hauptträger der Bismarckschen „Kulturkampfpolitik“. Man konnte sich davon aus der „Begrüßung“ des „ultramontanen Hertling“ durch konservative Organe neuerlich überzeugen. In Verbindung damit stehen die Klaffandaruße in der „Denkschrift“ über die voraussichtliche Vermehrung der politischen Mandate. Hier wird kräftig die statistische Pauke geschlagen, auch ist joll als Sammlungsinstrument ihre Dienste tun.

Den Fortschrittler errechnet die Denkschrift auch eine kleine Mandatsbeimenge. Das dürfte ganz anders kommen, wenn die Fortschrittler nur konsequent die entschiedene liberale Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts verfolgen. Dadurch wird ihnen nicht nur ein günstiger Resonanzboden im Volke verschafft, sondern auch über die Stellung der

Sozialdemokratie zum ehrlichen Liberalismus im künftigen Wahlkampf für eine taktische Bundesgenossenschaft entschieden. Zweifellos würde so eine Reihe von Wahlkreisen, die der konservative Denkschriftler noch als Besitzstand der Anti-Reformer ansieht, diesen bombensicher verlorengehen.

Für die Sozialdemokraten werden künftlich nicht weniger als 144 Landtagsmandate herausgerechnet. Welche, wie wir nun einmal sind, haben wir unsere Erwartungen nicht so hoch geschraubt. Allerdings, die Konservativen können noch besser wissen als wir, wie stark vorzugsweise in den agrarischen Bezirken, anscheinend konservativen Domänen, die wahre Volksstimmung durch den Druck der öffentlichen Wählerkontrolle gefälscht worden ist. Die Denkschrift tadelt nämlich den Sozialdemokraten auch eine Reihe von ländlichen Wahlkreisen zu, die wir noch als sichern konservativen Besitz geschätzt haben. Das läßt sich bilden!

Unter Autor ist sich übrigens darüber klar, daß seine Statistiken nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen sind. Er schreibt: „Alle diese Zahlen beruhen auf der Annahme, daß die Stimmung der Wähler bei den

künftigen Landtagswahlen ungefähr gleich (1) sein würde wie bei den Reichstagswahlen 1912.“ Daran glaubt der ahnungsvolle Engel eben nicht. Er kalkuliert umgekehrt, daß die während des Krieges entstandene Mißstimmung des Volkes den oppositionellen Parteien der Linken „ungeheure Scharen von Mitläufern zuführen“ wird. Das wird schon stimmen, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die sonst gerade von konservativer Seite oft bestrittene starke Mißstimmung im Volk in der wohl nicht für die breite Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift zugegeben wird, um die „Sammlung aller staatserkhaltenden Elemente“ zu forcieren. Die Mißstimmung des Volkes könnte man zu einem sehr großen Teil ausräumen, wenn der standalösen Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel wenigstens nicht weiter Vorschub geleistet wird und dem heißen Sehnen des Volkes nach demokratischen Reformen beständiges Entgegenkommen bewiesen würde. Diese Heilmittel sind indes in der konservativen Apotheke nicht zu haben. Ihr Heilmittel heißt noch immer „Sammlung aller Privilegierten gegen die Volksforderungen“. Diesem Zwecke dient die echt preussische Denkschrift.

Was der Krieg bringt.

Die Kämpfe im Westen.

Halbamtlich liegt heute folgender Ergänzungsbericht über die Kämpfe im Westen vor:

Zu Flandern nahm von 1 Uhr vormittags an zwischen Poelcapelle und Gheluvelt die bereits seit Mittag lebhaftere feindliche Artillerietätigkeit weiter zu und ging bald darauf zum Trommelfeuer über, dem westlich Gheluvelt in mehreren hundert Metern Breite ein härterer englischer Vorstoß folgte. Der Angriff wurde durch unser Sperr- und Vernichtungsgeschütz und sofortigen Gegenstoß rücksichtslos abgewiesen. Er kostete dem Feinde schwere Verluste. Nachts lag Digueville unter lebhafterem Feuer, während sich auch im Abschnitt südlich der Bahn Vorposten-Stunden bis nach Passchendaele das Feuer verhärtete.

Auf dem Hauptkampfplatz westlich Cambrai brachte uns die von den Engländern so oft beipfiffelte elastische deutsche Verteidigungstaktik neue Erfolge, die die britischen Berichte in widersprechenden und unklaren Meldungen abzuschwächen und zu verheimlichen suchten. Die beiden Flanken des Panzerkorps, den die Engländer bei ihrem Anmarsch gegen Cambrai übersehen hatten, waren seit dem 30. November die Zielpunkte der deutschen Gegenangriffe. Im Norden der Ginchenspelle fand die Engländer in Richtung auf die Düster Auser und Gonnelleux um etwa ein Kilometer zurückgedrängt, während an der Südfanke der deutsche Gegenstoß die ungenutzten englischen Linien abtrassierte und an der Südwestseite tief in die artilleristische englische Stellung eindrang. Der Besitz der Düster Hilliers-Gaislain und Gonnelleux, die bisher den Engländern gehörten, und die große Anzahl an Gefangenen, Geschützen und Maschinengewehren hat erneut nicht nur die Macht des deutschen Stoßes und Angriffsfähigkeit unserer Truppen, sondern auch die Festigkeit ihrer Führung bewiesen.

Während dieser Erfolg am gestrigen Tage durch Erneuerung des sich verteidigten Dorfes Wasmeirees erweitert wurde und englische Gegenstöße unter schwersten Verlusten scheiterten, konnte auch am 3. Dezember den Engländern das Dorf La Bacquerie erstritten und gegen nachfolgende englische Wiedereroberungsversuche gehalten werden. Ein neues halbes Dutzend Gefangene wurde eingeführt, mehrere Geschütze erbeutet.

In jedem Tage werden südlich Avesnes neue Stellung an mehreren Stellen errichtet, nachdem der Feind mit unserer Hilfe aus verächtlichen Gräben gestossen war. Auch die Front an Reichensgraben hat sich um 5 Meter nach Südwest verschoben. Bekannter Bericht hinter der feindlichen Front wurde von unseren Panzertruppen mitteilen erfolgreich unter Feuer genommen. Bei guter Sicht war auf dem Hauptkampfplatz die Fliegerüberlegenheit uns.

In der übrigen Westfront konnten an mehreren Stellen teilweise Panzerabwehr-Geschützen und Panzer erbeutet.

14500 Tonnen.

Am 1. Dezember wurde im Friesellkanal südlich der Leuchte 14500 Tonnen Sprengstoff geladen. Unter dem verpackten Schutze stand sich der beladene spanische Dampfer „Alfonso XIII“ (5000 Tonnen).

Czerwin über den Frieden.

Der österreichisch-ungarische Minister des Innern Graf Czernin, hat am Dienstag in dem Ausschuss des Reiches der hohen Delegation eine umfangreiche und bedeutungsvolle Rede. Er begann mit einer Begrüßung der Angehörigen des Reiches, fügte den Verlust des Krieges, das ungeliebte Eingreifen der ehemaligen Bundesgenossen Japan und Amerika und gegenüber dem Weltkrieg das Bestehen der Monarchie und ihrer Bundesgenossen zu dem Reich und erklärte die Stellung der Delegation und die politische Lage. Der Redner ging dann über auf die russische Politik und erklärte, daß die russische

provisorische Regierung Rußlands ebenso wie die Mittelmächte zum Friedensschluß bereit gewesen, aber durch die Entente daran gehindert worden sei, und schloß dann mit folgenden Sätzen über die Friedensfrage:

„Aus den von mir und von den verantwortlichen Stellen unserer Verbündeten abgegebenen Erklärungen ist der Standpunkt ersichtlich, den wir in der Friedensfrage einnehmen. Für uns ist der gegenwärtige Krieg ein Verteidigungskrieg. Es ist demnach unser Ziel, einen Frieden zu schließen, durch den die Freiheit, die Selbständigkeit und der territoriale Besitzstand Oesterreich-Ungarns unberührt erhalten bleiben. Wir streben keine erzwungenen Gebietsveränderungen und keine wirtschaftlichen Vergewaltigungen an, doch verlangen wir wirksame Sicherheiten für unsere freie und ungehinderte Entwicklung in der Zukunft. Diese Sicherheiten können uns mit entsprechenden Garantien derartige Abmachungen über allmähliche, gleichzeitige und wechselseitige Herabsetzung der Rüstungen und über die Freiheit der hohen See bei gleichzeitiger Einführung der schiedsgerichtlichen Streitbeilegung bieten.“

Wir sind also bereit, mit unsern Gegnern einen allgemeinen, gerechten und ehrenvollen Frieden zu schließen, der die territoriale Unantastbarkeit der Monarchie und deren künftige Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. Die Engländer, welche sich seit April dieses Jahres bereit erklärt hat, einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen zu schließen, und dessen heutige Regierung dieses Programm wieder angenommen hat, lassen wir im Beginn der Verhandlungen auf dieser Basis einwirken. Ob sich die übrigen feindlichen Staaten dem Antrag Englands, im gegenseitigen Augenblick auf dieser Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten, anschließen werden, läßt sich nicht sagen. Ich bin daher heute auch nicht in der Lage, mich darüber näher auszusprechen, insoweit der von mir oben skizzierte Frieden diesen Staaten gegenüber verwirklicht werden kann. Unter allen Umständen aber muß ich erklären, daß es mir nicht möglich ist, unsere selbstlosen Kriegsziele gegenüber den offen eingetretenen Anreizungen jener unserer Feinde für alle Zukunft einseitig festzulegen, die auf Fortsetzung des Krieges beruhen sollten.“

Die Rede, welche sehr geschickt General Delegationen, diejenige meinen Ausführungen entnehmen haben, ist mein vornehmstes Ziel, die österreichisch-ungarische Monarchie baldigst zu einem Frieden zu führen, welcher unter Wahrung der von uns erfolgreich verteidigten Freiheit und unter Sicherung unserer Zukunft den Völkern dauernde Ruhe bringt. In dieser Hinsicht weiß ich mich aus mit Ihnen und mit der erachteten Mehrheit der hohen Delegation-Ungarn. Ich bitte Sie daher um Ihre Unterstützung zur Erreichung dieses und aller vorstehenden Ziele. Ich habe die Hoffnung, daß wir den Frieden auf dem Wege der Verständigung erreichen werden. Indem ich mich wiederhole, daß die Zeit sehr begrenzt, erzwungen.“

Czernins Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der österreichischen Delegation riefte der Abgeordnete Glienbogen an den Außenminister vor Anfrage bezüglich der Friedensfrage, wonach die Delegation wegen ungeliebter bevorstehender Einleitung von Friedensverhandlungen verlegt werden soll. Graf Czernin erklärte hierzu: Wir haben heute am Beginn der Weimarer Friedensverhandlungen mit Rußland, welche selbstverständlich notwendig sind, wenn nicht ausdrücklich von militärischer Seite gefordert werden. Es ist unser Wunsch, daß sich an diese Weimarer Friedensverhandlungen, wenn möglich, sofort Friedensverhandlungen anschließen. Geht es nicht, dann dürfte meine Teilnahme an diesen Verhandlungen und meine Absicht notwendig werden. Es wird wohl niemand widersprechen, daß es dann meine Pflicht ist, dort zu sein. Was hier zu geschehen hat, ob die Delegation weiter liegen soll oder nicht, darüber wurde noch kein Beschluß gefaßt.

In der ungarischen Delegation nahm auch Czernin Graf Tisza das Wort und sagte, er müsse sich entschieden gegen das Schlagwort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker äußern. Wenn dieses eine solche Forderung gesetzt würde, daß die innere Angelegenheiten der Monarchie internationalen Charakter erhielten, so daß die Monarchie gewissermaßen unter die Oberhoheit eines internationalen Gerichtshofes gestellt würde. Die ungarische Delegation forderte auf das

entschiedenste, daß jeder Versuch, unsere innern Fragen zum Gegenstand einer Besprechung zu machen, von vornherein zurückgewiesen werde.

Graf Julius Andrássy schloß sich als Redner der Regierungspartei den Bemerkungen des Grafen Tisza an. Graf Czernin antwortete, indem er auf die Stelle der Thronrede verwies, wo gesagt wird, daß wir das Schwert nicht aus der Hand legen werden, solange nicht unsere Feinde ihren wahnwitzigen Aufsteigungs- und Vergewaltigungsplänen unabweisungsfähig entsagt haben und ihre Einmischung in die Geschichte der Monarchie aufgegeben haben. Der Minister des Innern stellte dann noch fest, daß die große Mehrheit der österreichischen Delegation den gleichen Standpunkt einnehme.

Litauen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Vertrauliche Verhandlungen des Hauptauschusses des Reichstags haben wiederholt dazu gedient, Gerüchte in Umlauf zu setzen, denen nur schlecht oder gar nicht beizukommen war, solange die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewahrt werden sollte. Gerade jetzt wird aber zu parteipolitischen Zwecken Mißbrauch getrieben mit einer keineswegs einwandfrei geschilderten Begegnung litauischer Vertrauensmänner mit zwei Militärs in Berlin.

Demgegenüber sei festgestellt, daß der Staatssekretär v. Kühlmann im Hauptauschuß eine Erklärung abgegeben hat, die mit einer einzigen Ausnahme deshalb allgemein befriedigte, weil darin u. a. auch sehr bestimmt festgestellt wurde, daß ganz selbstverständlich der Reichsfanzler die Politik mache, wie es auch verfassungsmäßig bestimmt sei. Außerdem hat die litauische Deputation, der auch ein Sozialdemokrat angehört, an verschiedenen Stellen ganz bestimmt erklärt, daß sie durchaus befriedigt sei von den Aussprachen mit dem Reichsfanzler, dem Staatssekretär des Auswärtigen und auch von der Aussprache im Großen Hauptquartier. Ganz besonders freudig betonten die Herren, daß sie nach einer Konferenz der Mehrheitsparteien volles Vertrauen zum Reichstag gewonnen haben.

Die Deputation bestand aus Mitgliedern des litauischen Landestags, der von der Landeskonferenz gewählt worden ist. Die Landeskonferenz wurde, aus allen Parteien zusammengesetzt und ihre einstimmigen Beschlüsse sind bei der Berichterstattung im ganzen Lande gutgeheißen worden.

Radikalisierung der Privatbeamten.

Der Geschäftsführer des Deutschen Technikerverbandes, Karl Müller-Franke, flagt in einem langen Artikel der „Post. Ztg.“ über die Ausnahmestände, unter denen die Privatbeamten litten; sie würden überall hinter die Arbeiter zurückgekehrt. Die stets wachsende Spannung zwischen Einkommen und Lebenshaltung sei bei ihnen noch stärker als bei der Arbeiterklasse. Verhandlungen mit den Anzeiglichenorganisationen lehnten die Unternehmerverbände fast durchweg ab. Zusatzprovisionen und andre Zusatznahrungsmittel würden dem Grundbesitzer verweigert. Hunderttausende dienstpflichtiger Arbeiter seien entlassen oder beurlaubt und verdienen in der Rüstungsindustrie teilweise gute Löhne; aber gegen die Techniker sei der Erlaß ergangen, daß kein einziger mehr, der dienstpflichtig sei, reklamiert und auf Privatvertrag beschäftigt werden dürfe. So würden sie denn einzeln und mühen für 200 Mark im Tag als abkommandierte Betriebsingenieure kässen.

Durch all diese Zurücksetzung sei unter den Angestellten eine Stimmung eingerissen, wie sie schlechter und erbitterter nicht mehr sein könne. Die Angestelltenklasse habe sich früher meist gegen die Sozialdemokratie unbedingte ablehnend verhalten, teils wegen der bürgerlichen Herkunft der Angestellten, teils aus Standesbewußtsein. Die Kriegserfahrungen der Angestellten würden aber gewisses neue politische Folgen haben. Bedauerlich genug, daß die Angestelltenklasse erst durch Schaden klug werden mußte! —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 285.

Magdeburg, Donnerstag den 6. Dezember 1917.

28. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 5. Dezember 1917.

Was droht den Mietern?

Vom Arbeitersekretär Gustav Krüger, Beisitzer beim Miet-Einigungsamt zu Magdeburg; wird uns geschrieben:

Der Hausbesitzerverband (G. B.) zu Magdeburg veröffentlichte einen neuen Mietvertrag, der eine dreifache Herausforderung der Mieterschaft ist und in weite Kreise der Bevölkerung die größte Unruhe tragen muß. Sehen wir uns den Vertrag etwas näher an:

Der § 2 führt den Begriff „Mietwohnungsmiete“ ein. Wassergeld, Mische- und Müllabfuhr, Treppenbeleuchtung und andres soll nunmehr besonders bezeichnet werden. Der Zweck der Teilung nach Miete und „Mietwohnungsmiete“ ist eine Steigerung des Mietpreises. Neben der Miete für die Wohnung werden noch für die in 16 besonderen Positionen aufgeführten „merkvertraglichen Leistungen“ besondere Vergütungen erhoben werden. Dabei ist zu bedenken, daß diese Leistungen bisher selbstverständliche und untrennbare Verpflichtungen darstellten, durch die die Benutzung der Wohnung, also das Zustandekommen des Mietvertrags überhaupt erst möglich wurde. Falls 3 Tage nach Fälligkeit der Mietzins nicht gezahlt ist, soll ohne vorherige Mahnung die Kündigung der Wohnung mit dreitägiger Frist erfolgen. Teilzahlungen, die angenommen wurden, schütten davor nicht. Mängel der Mieträume zur Zeit der Ueberlassung verpflichten den Wirt nicht zum Schadenersatz, wenn die Bemänglung nicht unerbittlich erfolgt. Gerade daraus entspringen die meisten Streitigkeiten, daß die Hauswirte sich vielfach weigern, die selbstverständlichen Reparaturen ausführen zu lassen. Durch diese Bestimmung soll sogar der Mieter verpflichtet werden, Mängel zu beheben, die eingetreten sind, als er die Wohnung noch gar nicht in Benutzung hatte.

Geradezu rigoros aber ist die Bestimmung des § 4, nach der alle Zustände innerhalb der gemieteten Räume dem Mieter zur Last fallen, und zwar auch dann, wenn der Hauswirt etwa durch Vereinbarung zur Zustandsgebung verpflichtet gewesen ist. Die Kosten sollen mit der Miete für die erste Vertragsdauer an den Hauswirt gezahlt werden. Aber auch Kleinigkeiten werden nicht vergessen. Zum Beispiel Ein- und Vorrichtungen, besonders Gardinensätze und Gardinenrollen, dürfen von dem Mieter nicht wieder mitgenommen werden, und er soll auch Entschädigung dafür nicht erhalten. Der Wirt soll aber das Recht haben, die Herstellung des ursprünglichen Zustandes wieder zu verlangen. Nicht weniger rigoros ist, daß Schäden, die durch Naturereignisse hervorgerufen werden, ohne Rücksicht auf ihre Höhe vom Mieter zu bestrafen sind. Man stelle sich vor, daß eine Wohnung durch Blitzschlag getroffen wird, wodurch Mauern einstürzen können, der Fußboden aufgerissen wird oder das Dach dem Mieter über dem Kopfe zusammenbricht. Diese Schäden sollen der Mieter tragen.

Verläßt der Mieter mit sämtlichen Wohnungsinhalten länger als 3 Tage die Wohnung, so muß er dem Hauswirt den Wohnungsschlüssel übergeben. Während der Ferien- oder Besuchsreisen muß sich der Mieter also der Gefahr aussetzen, die Wohnung vom Wirt betreten zu lassen. Zieht der Mieter vor Ablauf der Vertragszeit aus, so erlöschen von diesem Tag ab alle Ansprüche auf Benutzung der Räume, selbst wenn er die Wohnung noch durch Zurückzahlung von Gegenständen benutzen will. Das selbstverständliche Recht, daß der Mieter seine bezahlte Wohnung benutzt oder unbenutzt stehenlassen kann, wird damit beiseitegeschoben. Der § 721 der Zivilprozessordnung, der dem Mieter das Recht gibt, durch gerichtliche Erkenntnis eine angemessene Frist zur Räumung der Wohnung zu erlangen, wird ebenfalls aufgehoben.

Schäden, die durch Wasser-, Gas-, elektrische oder sonstige Leitungen entstehen, sollen den Mieter weder zur Geltendmachung von Schadenersatz, noch zur Kündigung des Mietverhältnisses berechnen. Das Bürgerliche Gesetzbuch gibt dem Mieter das Recht, zum nächsten zulässigen Kündigungstermin die Wohnung zu kündigen, wenn er verletzt wird, also nach einem andern Orte

ziehen muß. Dasselbe Recht wird den Erben eines verstorbenen Mieters eingeräumt. Auch diese Bestimmung wird durch den Vertrag illusorisch gemacht, indem nur zum Ablauf des dem Tod oder der Verletzung folgenden Mietjahres, 1. April oder 1. Oktober, gekündigt werden kann. Tritt die Verletzung bzw. der Tod also am 2. April oder 2. Oktober ein, so bedeutet das eine Verlängerung des Mietvertrags um 1 Jahr, obgleich der Mieter bzw. die Erben nicht in der Lage sind, die Wohnung weiter zu bewohnen.

Wenn der Wirt dem Mieter die Wohnung kündigt, weil er gegen den Vertrag oder gegen die Hausordnung verstoßen hat, was bei diesem Vertrag fast unausbleiblich ist, so soll der Mieter für den Ausfall der Miete für die ganze Vertragsdauer haften. Wenn z. B. eine Wohnung auf 5 Jahre gemietet ist und der Hauswirt durch strenge Anwendung der Hausordnung bzw. des Mietvertrags dem Mieter im ersten Jahre kündigt, so muß er sich gefallen lassen, nicht nur das laufende, sondern auch noch die folgenden 4 Jahre die Miete zu zahlen. Falls der Mietvertrag nur von einem Ehegatten geschlossen sein soll, soll durch den § 11 der andere Ehegatte alle Willenserklärungen ebenfalls gegen sich gelten lassen. Praktisch bedeutet das, daß, wenn eine Kriegerrfrau eine Wohnung gemietet, auch der Ehemann, der den Mietvertrag gar nicht geschlossen hat, die Kündigung gegen sich gelten lassen muß. Bisher hat gerade die Bestimmung des Gesetzes, die hiermit aufgehoben werden soll, den Frauen der Kriegsteilnehmer noch einigermaßen Schutz davor, nicht obdachlos gemacht zu werden.

Körperverletzungen, Gesundheitschädigungen, Schadenersatzansprüche am Eigentum des Mieters hat der Wirt nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit zu entschädigen. Ist der Vermieter so gegen sich alle Haftungspflicht geübt, so wird dem Mieter andererseits jede Schadenersatzpflicht auferlegt, sogar dann, wenn sich in der Wohnung Ungeziefer zeigt. Zum Schluß wird schließlich im § 14 noch bestimmt, daß die angeordnete Hausordnung als Bestandteil des Mietvertrags gilt und bei ihrer Nichtbeachtung der Vermieter nach einmaliger schriftlicher Mahnung zur Kündigung des Vertrags mit dreitägiger Frist berechtigt sein soll.

Es läßt sich nicht leicht ein einseitiger Vertrag mit rigoroseren Bestimmungen denken. Jedes Recht dispoziert über Art, das das Bürgerliche Gesetzbuch vorzieht, ist zugunsten des Vermieters und zuungunsten des Mieters ausgemacht. Der Vertrag muß zu einer Quelle tief verhängender Streitigkeiten werden. Das gerade in der gegenwärtigen Zeit der Vertrag den Mietern aufgedrängt werden soll, kann nur dadurch erklärt werden, daß die große Notlage, in der die Bevölkerung durch den Mangel an mittleren und kleineren Wohnungen sich befindet, zugunsten der Hausbesitzer ausgenutzt werden soll.

Die Mieter haben alle Veranlassung, sich auf das schärfste gegen diesen Vertrag zu wenden und es ersehen abzulehnen, ihn zu schließen, wenn ihre Vertragsdauer abgelaufen sein sollte. Wird aus diesem Grund eine Kündigung erfolgen, so hat es der Mieter in der Hand, das Mietereinigungsamt anzurufen und dieses muß entscheiden, ob der Mieter verpflichtet ist, einen derartigen Vertrag einzugehen.

Hauptversammlung des Wohlfahrtsamts.

Am Dienstag abend fand im Bürgeraal des Rathauses die gut besuchte Hauptversammlung des Wohlfahrtsamts statt. Aus dem von Stadtrat Paul erhaltene Jahresbericht ging hervor, daß in allen Abteilungen des Amtes die Arbeitstätigkeit fast zugenommen, ja teilweise sich verdoppelt hat. Daneben wurden verschiedene Neueinrichtungen vorbereitet, wie z. B. die Errichtung einer Fürsorgewerkschaft, einer Beratungsstelle für Geisteskrankene und einer Kriegerrwittwen-Beratungsstelle. Neu eingerichtet wurde jedoch nur ein Bureau für Weihnachtsgeschenke, Konfirmanden-Einkleidung und Unterbringung Magdeburger Kinder während des Sommers auf dem Lande.

In neuen Stiftungen sind zu verzeichnen: 1. Eine Geheimrat-Widows-Stiftung in der Höhe von 10 000 Mark zugunsten unterhaltungsbedürftiger Krieger, Kriegerrangehöriger oder Hinterbliebenen von Kriegern, 2. eine Geheimrat-Widows-Stiftung in Höhe von rund 20 000 Mark, dessen Zinsen verwendet

werden sollen nach Beendigung des Krieges für Witwen und Waisen gefallener Krieger, für Unterbringung unbemittelter, aus dem Militärkrankenhaus entlassener Magdeburger Einwohner, zur Beihilfe einer Studienreise für einen Assistenzarzt und zu Erholungszwecken für Krankenhausehemer. Einmalige Unterhaltungen wurden gezahlt 73 492 Mark.

Das Zentral-Vermittlungsbureau erledigte 3719 Fälle, sie erstreckten sich auf die Kinder-, Wäckerinnen- und Lungenfürsorge. Mit Bedauern wurde eine starke Vermehrung der Jugendsorge festgestellt. Während im Jahre 1915/16 250 Anträge auf Fürsorgeerziehung gestellt wurden, erhöhte sich die Zahl im letzten Jahr auf 360. Besonders steigerte sich die Zahl der Jugendgerichtsfälle. Ganz besonders steigerte sich die Arbeit der Berufsvermittlungsbüro. Trotzdem es sehr schwierig war, die unehelichen Väter zur Alimentenzahlung heranzuziehen, wurden über 21 000 Mark mehr Unterhaltsgelder eingezogen. Die Zahl der der Berufsvermittlungsbüro unterstellten Minderjährigen beträgt 2723; im ganzen wurden 80 454 Mark Unterhaltsgelder eingezogen. Die Säuglingsfürsorge besuchte nach Möglichkeit der zurechnungsfähigste Herr zu werden. Von 9 Pflegerinnen wurden 34 805 Hausbesuche gemacht. In der Beratungsstellen wurden 21 237 Kinder vorgestellt. Die Nachfrage nach Volkswaisen, und zwar besonders von wirtschaftlich bessergestellten Ständen, war sehr groß. Bis 31. März waren 510 Kinder dauernd der öffentlichen Fürsorge anheimgefallen. An Pflegegeldern wurden im Jahre 1916/17 über 65 000 Mark ausgegeben.

Die Fürsorge für Kriegerrwittwen und -waisen hat eine immer größere Ausdehnung angenommen. Bis Ende März 1917 unterstanden 855 Witwen mit 1362 Kindern der städtischen Fürsorge. Diese Zahl hat sich inzwischen weit verdoppelt. Das Kriegerrunterstützungsbureau hat in der bisherigen Weise weitergearbeitet. Bis jetzt hat das Kriegerrunterstützungsbureau 33 887 Anträge erledigt. Seit Kriegserbeginn betrug die Anzahl der unterstützten Personen 72 288. Am Ende des Berichtsjahrs bezogen noch 31 698 Personen Kriegerrunterstützung. In Unterhaltungen wurden monatlich gezahlt: auf Kosten des Reiches über 680 000 Mark, was die Stadt noch über 433 000 Mark Zuschüsse gewährt. Hierzu kommen noch einmalige Unterhaltungen in der Höhe von monatlich gegen 12 000 Mark sowie Arzt- und Arzneikosten in Höhe von über 9000 Mark.

Weiter wurde berichtet über die Zentrale für Kriegsarbeit, Flüchtlingsfürsorge, Mietfürsorge, Wäckerinnenfürsorge, Kinderfürsorge u. a. m. Besetzt wurde 2000 Kriegerrwaisen und 5000 Kindern von Vereinen und Privaten. 685 Kinder wurden durch das Wohlfahrtsamt eingekleidet.

Stadtrat Paul schloß mit einem Danke an alle diejenigen, die in treuer Arbeit das Wohlfahrtsamt unterstützt haben. Dem Bericht schloßen sich noch zwei Vorträge des Pastors Dammle und des Lehrers Wiffelind (Salzweil) an, die über ihre Erfahrungen bei der Unterbringung von 7500 Magdeburger Kindern in Landpflege berichteten. Den Vorträgen schloß sich eine kurze Diskussion an.

Das Scharschießen des Granatenwerfer-Lehrgangs findet am Mittwoch den 5., Donnerstag den 6., Freitag den 7., Sonnabend den 8. und Montag den 10. Dezember 1917 auf dem Scharschießstand des Übungswerks bei Schießstand 23 statt. Das Betreten des Ungers ist strengstens verboten.

Die Prämien der Klassenlotterie. Bei der Nachmittagsziehung der am Dienstag abendende Schlußklasse der 10. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde die eine der beiden Prämien von 300 000 Mark, dem mit einem Gewinn von 3 000 Mark nach Berlin gefallenen Lose Abteilung 1 Nr. 179794, die zweite Prämie von 300 000 Mark, dem mit dem gleichen Gewinn von 3000 Mark nach Birmaiens gefallenen Lose Abteilung 2 Nr. 179794 zugeschlagen.

Vom roten Kreuz wird uns geschrieben: Nun schon zum dritten Male ruft die Hausammlung zur Weihnachtspende auf; denn wie in den Vorjahren soll der Dezember-Ertrag ausschließlich der Weihnachtserverorgung unserer Truppen dienen. Keine Gabe ist notwendiger als diese; denn gerade in den Stunden des dunklen Winternachts wird von unsem Kämpfern draußen die Trennung von Heimat und Angehörigen am härtesten empfunden, und es ist eine Pflicht der Landbevölkerung, ihnen durch den Beweis opferfreudiger Liebe in diese Stunden Licht und Freude zu bringen.

Rosi Zurfluh.

Eine Geschichte aus den Alpen von Johannes Scherr.

(30. Fortsetzung.)

Fortsetzung

Mit ängstlicher Sorgfalt suchte die arme junge Frau vor aller Welt, besonders aber vor der Mutter und Schwester zu verbergen, was aus ihrem häuslichen Glück geworden. Das konnte jedoch nicht ganz gelingen. Aber wenn die Mutter sie ins Gesicht nahm oder wenn's Breneli, die ihrer Schwester von ganzer Seele zugehörig war, verständlich-mitleidige Fragen an sie richtete, nahm sie doppelt sich zusammen und suchte wohl gar die von jenen geäußerten Besorgnisse in Scherz zu verpacken. Wie ihr dabei zumute war, sie hätte es nicht verraten mögen, nicht um die Welt! Selbst der Mutter und Schwester nicht. Diese sollten den Ruodi liebhaben wie bis dahin, denn sie selbst liebte ihn ja immer noch.

Ein wahrhaft liebendes Weib vermag alles, wenn auch nicht über andre, so doch über sich selbst. Aber der Liebe Lebensodem ist die Achtung. Mit unendlicher Seelenqual fühlte Rosi manchmal, daß dieser Odem in ihrer Brust schwächer und immer schwächer wurde. Wenn er eines Tages ganz ausginge? Oh, dann müßte alles dahin und vorbei sein!

Eines Vormittags kam die Zwihlbäurin zum Külli herab. Sie war gestern drüben auf einem Hof gewesen, der zur Gemeinde Gaski im Grund gehörte. Es hauste dort eine Tochter ihres verstorbenen Bruders. Sie war die Gotte der jungen Bäurin, der gestern das siebente Kind gekauft worden. Dabei hätte die Gotte natürlich nicht fehlen dürfen.

Die Mutter grüßte ihre unten in der Küche beschäftigte Tochter nur flüchtig, fragte dem Ruodi nach und stieg, als sie erfahren, daß er oben sei, die Treppe hinan.

Was hat denn nur die Mutter? fragte sich Rosi. Sie hat mir ja gar nichts von der geistigen Laune erzählt und macht ein so schelmisch ernst Gesicht.

Sie überwand sich, nicht hinaufzugehen, obgleich eine geheime Besorgnis bei dem um diese Tageszeit ganz ungewöhnlichen Erscheinen der Mutter sie angewandelt hatte. Zu-

legt brannte ihr aber der Boden so unter den Füßen, daß sie doch hinaufgehen mußte.

Als sie mit möglichst unbefangener Miene in die Stube trat, brachen die Mutter und der Ruodi das Gespräch, das sie mitkommen geführt, plötzlich ab und ganz unmerklich in jener Weise, die deutlich genug verrät, daß man eine dritte Person nicht wissen lassen will, um was es sich handelt.

Rosi konnte das leicht merken. Sie machte sich einige Augenblicke an einem Schranke zu schaffen und wollte dann wieder hinausgehen. Da brach aber auch die Mutter auf und sagte, der Ruodi solle sie eine Stube zur Zwihl hinauf begleiten. Sie hätte ihn um einen Rat zu fragen. Derweil könnte's Rosi's Zimbiffessen vollends rüsten.

Das Essen stand auf dem Tisch, als er zurückkam. Aber er schlang nur hastig einige Wässer hinunter. Er war augenwärtig sehr aufgeregt, sang bunt über Ost von allerlei zu reden an, brach dann schnell wieder ab und verank in ein finstres Brüten.

„Ruodi, was hast?“ fragte Rosi, als das Marelli hinausgegangen war.

„Was werd ich haben? Nichts, gar nichts! Aber ich hab vergessen, Dir zu sagen, daß ich heut noch, jetzt gleich nach Gaski im Grund 'nüber muß.“

Und aufstehend murmelte er zwischen den Zähnen: „Der Hundseker, der! Aber ich will den Ruodi's Mut 'so hupen, ich!“

Was meinte er nur damit? Das war ja gar nicht die gewählte, „herrenmäßige“ Redeweise, in der sich, wie die Leute von Windgellen spöttelten, der Ruodi so gefiel, seit er „draußen im Düttschland“ gewesen.

Rosi wagte keine weitere Frage. Er hätte ihr ja doch kaum eine Antwort gegeben, so hätte er sich mit dem Anziehen und Fortgehen. Gegen Abend drängte es sie noch der Zwihl: die Mutter mußte ja doch gewiß etwas von der wunderlichen Laune wissen. Aber die Zwihlbäurin war heute die diplomatische Zurückhaltung selbst, wollte Rosi's Anspielungen gar nicht verstehen, und als diese mit deutlicheren Fragen herausrückte, sagte sie: „Was wird's Groß's sein? Ruodi kommt nehm' mit nach allen Kunden-

schlagen, Rosi, weißt? Der Zümmelcher z' Gaski im Grund, der Holzschneider, der mit dem Ruodi im Düttschland g'it, hat g'ang den Leuten allerhand vorpapperet. 's ist dumm's Züg!“

„Aber, Mietti —“

„Oh, ich hab gar mit druf g'loset, Rosi. Mach's Du g'ang auch so, wenn D' ebbe ebbis hören solltest. Aber Du wirst neime müd hören. Der Ruodi wird, denk mir, dem Schluß 'so's Mut stopfen.“

Verzeihlicherweise wollte sich Rosi damit nicht zufrieden geben. Aber die Zwihlbäurin wurde gerade in den Stall gerufen, wo eine Kuh im Begriffe war, den Viehstand der Zwihl zu vermehren, und dieses idyllische Ereignis entzog sie den besorgnisvollen Fragen ihrer Tochter.

Der Ruodi kam erst spät in der Nacht heim, noch stark nach Wein und hat seiner Frau mit so schwerer Junge gute Nacht, daß sie gern darauf verzichtete, ihn zu fragen, warum er denn nach Gaski im Grund hinübergemüßt.

Von jetzt an zog sich die arme junge Frau mehr und mehr in sich zurück. Sie mochte nicht fragen, sie mochte nicht klagen. Sanft und still trug sie ihre Last. Die Rosen auf ihren Wangen blühten mehr und mehr, und ihr Gang verlor die Schnellkraft. Sie verbarg ihren Kummer vor den Menschen, sie hätte ihn gern vor sich selbst verborgen. Nur dachte sie oft: Oh, wie gut ist's, daß der Vater gestorben. Er hätte das alles nicht so mit ansehen können. Unter die Leute zu gehen, vermied sie, wo sie nur immer konnte, und je mehr ihr so traurig verwandelter Gatte von Hause forttrieb, um so eingezogener hielt sie sich, fast häßlich. Sie meinte — und nicht ohne Grund —, die Leute müßten's ihr anheben, daß das Glück nicht mehr im Külli daheim, und das drückte sie schwer, daß sie dadurch manchmal auf die selbstquälendste Vorstellung kam, am Ende sei nur sie daran schuld, daß das Glück nicht geblieben: sie habe es nicht zu fesseln verstanden. Wahrhaft reine und edle Gemüter wissen ja nichts von jener wohlfeilen Selbstergehrlichkeit, zu der sich unklare und selbstsüchtige so gern hinaufbeugen, und kommen unklarer dazu, sich als Selbstanklagen, wo sie nur Opfer sind.

(Fortsetzung folgt.)

Weihnachts-Hausammlung!

Direkte Einzahlungen nach Kaiserstr. 64 oder Postfachkonto Berlin Nr. 22315 erbeten.

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Altenweddingen, 5. Dezember. (Schließung einer Schrotmühle.) Die Schrotmühle des Schmieders Robert Hartmann hier ist auf 4 Wochen geschlossen worden, weil er sich unzuverlässig in seinem Gewerbebetrieb gezeigt hat.

Wahlkreis Serichow 1 und 2.

Biederitz, 5. Dezember. (Nahrungsmittel-Verteilung.) Auf Abschnitt 2 der Lebensmittelkarte kommen Grieß, Marmelade, Kaffee-Ertrag, Fleischgericht und fertige Suppen zur Verteilung. Die Abschnitte sind bis 7. Dezember bei den Händen abzugeben; vom 8. an ist Abschnitt 2 verfallen. Der Zeitpunkt für die Ausgabe der Waren wird noch bekanntgegeben.

Burg, 5. Dezember. (Gegen die Geheimnischlachtung.) Der Kreisverordneter erläßt folgende Bekanntmachung: Die Kreisfleischstelle in Wädern zahlt jeder Person, die eine Geheimnischlachtung zur Anzeige bringt, so daß die Täter zur Rechenschaft gezogen und die heimtücklichen Fleischwaren zum überwiegenden Teile der allgemeinen Versorgung zuweilen werden können, eine Prämie bis höchstens 50 Mark. Die Höhe der Prämie wird nach dem Umfange der Geheimnischlachtung festgelegt. Die Namen der Personen, die Anzeige erstatten, werden nur mit ihrer Einwilligung genannt.

Wahlkreis Ochersleben-Halberstadt-Bernburgerode.

Halberstadt, 5. Dezember. (Stadtverordnetenversammlung.) Vor der Sitzung wurde die Wahl der Abgeordneten zum Provinziallandtag vorgenommen. Gewählt wurden die bisherigen Abgeordneten Dr. Gerdhardt und Stadtvorordnetenvorsteher Altmann. Bei der darauffolgenden Wahl der Mitglieder der Schlosstaatskommission setzte sich die bürgerliche Mehrheit nicht gegen die von ihrem Standpunkt, die sozialdemokratischen Stadtvorordneten auch wie vor von dieser Kommission auszuscheiden, abzugeben. Sie bleibt trotz der sogenannten Renovierung in dieser wie in mancher andern Frage ihrer rationalen Orientierung treu. Die bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Eine bürgerliche Stimme erhielt Genosse Gerlach. Als Schiedsmann für den ersten und als Stellvertreter für den zweiten Bezirk wurde Kaufmann Sannack gewählt. Die Justizien- und Polizeidirektoren soll dem Deputierten Loos und dem Kreisverordneter Wylard übertragen werden. Pro Substituierung Höhe ab Hof soll täglich mit 30 Mark, früher 25 Mark bezahlt. Dem Antrag, die Stadtvorordneten in der vorerlegten Form zu belassen, beschloß die Stadtverordnetenversammlung. Ein Antrag über das neue Wasserwerk in den Ausbergen zu bauen, am 1. Oktober 1919 nach, danach ist das Werk seit Juni mit Unterbrechungen und seit August in Betrieb. Um das alte Wasserwerk zu ersetzen, werden jetzt von neuen Werke zwei Drittel des alten Wasserbedarfes geliefert. In 6 bis 7 Stunden werden täglich bis 300 Kubimeter geliefert. Die Leistungsfähigkeit kann bei Tag- und Nachtbetrieb auf 1000 Kubimeter gesteigert werden. Bei einer Umlaufzeit von 6000 Kubikmetern kann sich der Wasserdruck nicht erhöhen. Die Möglichkeit der Erzeugung ist somit gesichert. Das Wasser ist eines der besten, auch aber wie die meisten anderen Wasserwerke in der Provinz, nicht über die notwendigen Einrichtungen verfügen, um das Wasser zu reinigen. Der Bau einer Enteisungsanlage soll Direktor Just nicht für notwendig. Der Bau des Wasserwerks des Dübber Just ausführen, hat 750 000 Mark erfordert.

(Beschlagung.) Damit eine Eiche nicht ins Feld kommen sollte, hat ein Bauer einen Stadthof und einen Feldweibel beschlagung erlassen, was sie zu einer Verletzung der Dienstpflicht zu machen. Die Sache war zur Anzeige gebracht, und es wollte der Herr Stadthof, von der ganzen Angelegenheit nichts mehr wissen. Nach längerer Verhandlung in einer Nebenabteilung in Blankenburg erklärte der Stadthofbesitzer den Angeklagten vor dem Schöffengericht jedoch für rechtsunfähig und fürchtete keine Schadensersatzung auf Ersatzleistung zu sein. Der Stadthof erklärte, wie er nach dem ganzen Verhalten des Bauern annehmen mußte, daß er ihn mehrere hundert Mark in die Hände spielen wollte, um seinen 1. A. für Antillexie" gekündeten Sohn in der Garnison zu befreien. Der Stadthofbesitzer wurde das mit ihm für die Verletzung der Dienstpflicht angegeben wurde, daß der Bauer eine Nebenabteilung und ihn gefällig. Er und andere Sachen angeboten hat, erklärte der Stadthof, daß dabei von Schaden nicht die Rede war. Auch habe der Angeklagte nicht davon gesprochen, seinen Sohn nach ins Feld zu spielen, sondern es war nur um die Beschlagung für eine entsprechende Stelle im Zahlmeisteramt zu tun. So konnte im letzten Falle eine Verurteilung nicht eintreten. Wegen des anderen Falles erwiderte das Gericht auf eine Geldstrafe von 300 Mark.

Ochersleben, 5. Dezember. (Ursach mit tödlichem Ausgang.) Der Leichnam des Kindes wurde am 1. d. M. in der Nähe der Allee-Graben gefunden. Er befand sich in einem Korb, der von einem Mann, der sich nicht zu erkennen ließ, gefunden wurde, wurde von diesem in die Höhe gehoben und auf dem Wege zum 15. März nach, auf eine Wiese entworfen. Der Tod hat seine Ursache in einem Schußverletzung.

(Wunderheilwunder.) In der Nacht zum 2. d. M. wurde bei dem Bauern Johann Weg ein Dorsch gefangen. Er wog 100 Pfund und war der Länge nach 3 Meter lang. Der Fisch war sehr schön und hatte einen sehr guten Geschmack. Er wurde am 3. d. M. in der Stadt verkauft.

Wahlkreis Halbe-Ochersleben.

Halbe, 5. Dezember. (Gegen willkürlichen Weisung.) Die Kreisfleischstelle hat die Kreisfleischstelle in Wädern zahlt jeder Person, die eine Geheimnischlachtung zur Anzeige bringt, so daß die Täter zur Rechenschaft gezogen und die heimtücklichen Fleischwaren zum überwiegenden Teile der allgemeinen Versorgung zuweilen werden können, eine Prämie bis höchstens 50 Mark. Die Höhe der Prämie wird nach dem Umfange der Geheimnischlachtung festgelegt. Die Namen der Personen, die Anzeige erstatten, werden nur mit ihrer Einwilligung genannt.

Halberstadt, 4. Dezember. (Gegen die Nahrungsmittel-Verhältnisse in unserer Gemeinde.) Die Kreisfleischstelle hat die Kreisfleischstelle in Wädern zahlt jeder Person, die eine Geheimnischlachtung zur Anzeige bringt, so daß die Täter zur Rechenschaft gezogen und die heimtücklichen Fleischwaren zum überwiegenden Teile der allgemeinen Versorgung zuweilen werden können, eine Prämie bis höchstens 50 Mark. Die Höhe der Prämie wird nach dem Umfange der Geheimnischlachtung festgelegt. Die Namen der Personen, die Anzeige erstatten, werden nur mit ihrer Einwilligung genannt.

Zur Geschäftszeit veröffentlicht der Magistrat folgende Ergänzungs-Verordnung vom 30. November: Offene Verkaufsstellen dürfen an den Wochentagen vom 10. bis 24. Dezember für den geschäftlichen Verkehr von 9 bis 7 Uhr geöffnet sein. Das Juwelenbedienen der bei Ladenschluß anwesenden Kunden muß innerhalb 15 Minuten nach festgesetztem Ladenschluß beendet sein. Bezüglich der drei Sonntage vor Weihnachten, 9., 16., 23., verbleibt es bei den bereits erlassenen Bestimmungen (Verkaufszeit 8 1/2 bis 9 1/2 und 11 bis 7 Uhr). Die vorstehenden Ausnahmen werden unter der Voraussetzung genehmigt, daß der Verbrauch an Heizung und Beleuchtung unter Beobachtung größter Sparlichkeit stattfindet. Sofern dies nicht geschieht, bleibt die Aufhebung der Ausnahmen vorbehalten.

Die Schuhbesserungswerkstatt in Betrieb. Uns wird geschrieben: Die von der Stadt angekauft mit den Schuhmachermeister und Schuhwarenhandlern vereinbarte Schuhbesserungswerkstatt der Stadt Magdeburg hat auf dem Grundstück Kusleber Straße 16 ihren Betrieb voll aufgenommen, nachdem die dazugehörigen Maschinen durch Neuanschaffung vervollständigt worden sind. Das Anbringen der Holzsohlen geschieht auf mechanischem Wege mittels Holzstiften. Die ersten einer Veranlassung von Schuhmachermeistern und Schuhwarenhandlern vorgelegten Proben bester Schuhe haben allgemein Beifall gefunden. Trotzdem läßt die Inanspruchnahme vorläufig noch viel zu wünschen übrig, obwohl bekannt ist, daß bei den Schuhmachermeistern und Schuhwarenhandlern erhebliche Mengen zu behebender Schuhe anliegen. Es ist zu wünschen, daß das Publikum seinen Schuhmachern die Anweisung gibt, sich der Schuhbesserungswerkstatt der Stadt Magdeburg zu bedienen, da nur auf diesem Wege die notwendige jährliche Herstellung gewährleistet ist. Eine Verhinderung mit Lederrollen ist auf längere Zeit ausgeschlossen, da das Leder für das Heer vorbehalten bleiben muß. Die vom Publikum oft noch vorgezogene Schöpfung mit Lederrollen ist unzuverlässig und teuer, da sie sehr viel Arbeit erfordert und nicht lange hält.

Zeit- und Kraftvergeudung. Zu der Notiz mit dieser Etichmarke schickt uns das stellvertretende Generalkommando folgende Richtigstellung:

Der Arbeiterzug fährt morgens 5.40 Uhr von Magdeburg Hauptbahnhof ab und trifft 6.06 Uhr in Germisch ein. Die Arbeitszeit beginnt 6.20 Uhr und dauert unter Abrechnung der Pausen von zusammen einundvierzig Stunden bis 4.20 Uhr nachmittags, also 9 Stunden. Um 4.55 Uhr fährt der Arbeiterzug vom Bahnhof Germisch ab und trifft 5.01 Uhr in Magdeburg Hauptbahnhof ein. Es wird mithin keine unnütze Zwischenzeit verloren. Die für den Winter recht frühe Arbeitszeit und der entsprechend frühe Schichtbeginn ist nicht zu vermeiden, da nach wiederholten Erklärungen der Eisenbahndirektion eine Späterlegung des Zugverkehrs des starken Schneeeinganges in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr nicht angängig ist. Die stündliche Arbeitszeit muß eingehalten werden. Ein späterer Schichtbeginn würde notwendig einen entsprechend späteren Schluß am Abend zur Folge haben. Gerade der verhältnismäßig frühe Schluß ist aber den Arbeitern in der Mehrzahl erwünscht.

Sonntagsstunden müssen abgezogen werden, da nicht-geliebte Arbeit nicht vergütet werden darf. Die Verhängung von Geldstrafen für unentschuldigtes Fehlen ist nach der Arbeitsverordnung zulässig und zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebs nötig.

Das anzuwendende Gehalt wird den Arbeitern in Höhe des Betrags der Nachzahlung vom Hauptort bis Germisch vergütet. Wegen einer Entschädigung für die auf die Fahrt verwendete Zeit können Verhandlungen bei dem zuständigen Disziplinarbehörden.

In Jahresabschluss erhalten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Übermacht für Sommerarbeiter gelungene Höhe von zwei Wochen im Monat, also ebenfalls wie die Arbeiter der Halbtagsbetriebe in Magdeburg. Es ist nicht zutreffend, daß es bisher in Germisch zwei Jahresende im Monat gegeben hätte. Dagegen wird in den Arbeiterbüchern des Depots ein ganz und richtiges Bild gegeben und unter günstigen Bedingungen an die Arbeiter abgegeben.

Frucht. In der Nacht zum Dienstag zum Mittwoch hat nach 1 1/2 Uhr wieder die Frostnacht durch den Frostwinder Winter Weg 16 nach Südwestwind 15 gestaut. In einem Keller war dem alten Schloßgebäude ein verrostetes Rohr in Grund gestaut. Mit einer Schmelzung wurde die Gefahr schnell beseitigt.

X Der Schmelzschmelz in der Kusleber Straße. Hier hat der Schmelzschmelz in der Kusleber Straße einen Unfall verursacht. Ein Arbeiter, der sich auf dem Schmelzschmelz befand, wurde von einem Schmelzschmelz getroffen, der sich auf dem Schmelzschmelz befand. Der Arbeiter wurde schwer verletzt und wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt.

X Geisteskrankheiten in der Nacht zum 1. d. M. und 2. d. M. In der Nacht zum 1. d. M. und 2. d. M. wurden in der Stadt Magdeburg zwei Geisteskrankheiten festgestellt. Die einen wurde in ein Krankenhaus gebracht, die andere wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die Ursache der Geisteskrankheiten ist noch nicht bekannt.

X Einmalige Schmelz. In der Nacht zum 1. d. M. und 2. d. M. wurde in der Stadt Magdeburg ein einmaliger Schmelz festgestellt. Die Ursache des Schmelzes ist noch nicht bekannt.

X In der Nacht zum 1. d. M. und 2. d. M. wurde in der Stadt Magdeburg ein Unfall festgestellt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht bekannt.

Theater, Konzerte u.

Opernhaus. Heute Donnerstag: Der Schatz im Silberberg. Opernhaus. Heute Donnerstag: Der Schatz im Silberberg. Opernhaus. Heute Donnerstag: Der Schatz im Silberberg.

amt gemacht. Aber anstatt schnellstens Abhilfe zu schaffen, fährt man nach dem Verfasser. Zu diesem Zwecke hat man einen Mitunterzeichner vor das Gericht zitiert und ihn dort einem Verhör unterworfen. Da nun dem Betreffenden der Verfasser der Beschwärde schrift unbekannt ist, konnte er ihn selbstverständlich nicht nennen. Die Klagen und Beschwerden sind aber vollst. Die Frauen wissen nicht mehr, was sie ihren Familien zum Abend geben sollen. Seit langer Zeit hat es außer einem Stückchen Bäckling pro Familie hier nichts mehr gegeben. Bei den Geschäftsleuten liegt Griech, aber nur für Kraute. Daß man sich der Kranken annimmt, ist gewiß sehr lobenswert, aber man sollte darüber auch die Geunden nicht vergessen, die arbeiten sollen. Im Sommer wurde den Arbeitern auf eine mündliche Verabredung mitgeteilt, daß auf der Verteilungsstelle in Schönebeck genügend Lebensmittel vorhanden wären. Die Ortsbehörde sollte sie nur einfordern. Wir meinen, die vorhandenen Lebensmittel müssen auch ohne Aufzweckung gleichmäßig verteilt werden. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Ueber die Mehrlieferung gehen uns ebenfalls fortwährend Beschwerden zu. Die Verteilung erfolgt unregelmäßig. Oft kommt es vor, daß die Bäcker nicht backen können, weil kein Mehl da ist. Auch sonst fehlt es. Nudeln, Griech, Pasterloden usw. hat es schon lange nicht gegeben. Hinzu kommt noch die unzulässige Preissteigerung für alle Produkte und Bedarfsartikel. So wurde vor dem Kriege für 5 bis 6 Mark verkauft, die Kleingeld für 120 Mark, für 1 Paar Strümpfe, die von der Verteilungsstelle für 3 oder 4 Mark geliefert werden, 12 Mark verlangt. Die Hochpreise helfen nur noch zum Höchsten auf dem Papier. Die Eier nach Geld, das jedes bessere Gefühl erriecht. Hoffentlich wird die Verteilung doch wieder triumphieren, damit die Wölter aus diesem Elend erlöst werden.

Stahlfabrik, 5. Dezember. (Kartoffelknappheit) macht sich leider wieder stark bemerkbar. Trotz der eifrigen Bemühungen unserer Stadtvorordneten hat sich die Knappheit nicht beheben lassen und sie wird sich vorläufig auch nicht beheben lassen, weil der eingetretene Frost es nicht zuläßt, die Wägen zu öffnen. Galt der Frost längere Zeit an, so kann sich daraus eine ernüchternde Situation entwickeln, unter der jede gewöhnlich die Hermiten zu werden, die nicht in der Lage gewesen sind, sich mit ihrem ganzen Winterbedarf einzudecken. Unbegreiflicherweise ist auch diese Einordnung nur mit Schwierigkeit möglich gewesen. Die Stadt hat zu diesem Zwecke nicht genügend Kartoffeln bekommen können, aber bei den Landwirten auf den Dörfern ringsherum sind Kartoffeln im Überfluß vorhanden gewesen. Die Eigentümer waren froh, daß sie ihnen abgekauft wurden. Weshalb hat die Stadt diese Kartoffeln nicht erworben?

(500 Mark Belohnung) verpricht G. Sauerbrey Maschinenfabrik A.-G. demjenigen, der den in den letzten Tagen gestohlenen Treibriemen wieder zur Stelle schafft oder den Täter so namhaft macht, daß er gerichtlich belangt werden kann. Wie viele Treibriemen sind bei dieser Firma wohl schon gestohlen worden?

(Folgende Lebensmittel) sind in den einschlägigen Geschäften zu haben: Harzfäße, Stadt 8 1/2 Pfg., für die Nummer 601 bis 120; Nudeln am Rittweg, pro Kopf 50 Gramm, Wasserwurst 64 Pfg., oder Auszugwurst 90 Pfg. das Pfund; Weizengriech am Donnerstag, pro Kopf 100 Gramm, 32 Pfg. das Pfund; Marmelade (auf Anordnung der Stadtvorordneten herzustellen) am Freitag, pro Kopf 100 Gramm, 90 Pfg. das Pfund; Sardinen in Büchsen am Sonnabend, 1,50 Mark die Büchse.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Seehausen, 5. Dezember. (Kartoffelknappheit) sollen in diesem Jahre wieder ausgegeben werden. Nach Genehmigung der Haushaltung durch die Kreisfleischstelle hat jeder Haushalt, der nicht Selbstversorger in Brotgetreide ist, Anspruch auf eine Vorratstabelle. Diese wird beim Magistrat in Empfang genommen. Die Karten laufen für jedes Schwein im Schlachtgewicht von 80 Pfund und darüber auf 300 Gramm Vorratstabelle oder auf 200 Gramm Mehl. Das Vorratstabelle wiegt 6 Pfund und kostet 1,50 Mark.

Stendal, 5. Dezember. (Stadtverordneten-Sitzung.) In der Stadtverordneten-Sitzung am Montag standen 15 Punkte zur Verhandlung. Als von besonderer Wichtigkeit konnte man die Punkte 12 und 13 betrachten: „Ehrenfriedhof“ und „Lebensmittelkommission“. Da die jetzige Fläche des Ehrenfriedhofs zu klein wird — man hatte bei der damaligen Schaffung des Friedhofes die lange Dauer des Krieges nicht voraussehen können —, so will man dazu übergehen, einen größeren Platz dafür zu schaffen. Nach vorangegangener Besichtigung hat man einen guten Platz dafür gefunden, und zwar zwischen der Wittenberger Bahnstraße und dem Hauptweg des Kirchhofs gelegen. Es müßte dann eine Umbettung der bisher Beerdigten stattfinden, natürlich unter Zustimmung der Angehörigen. Ueber die gärtnerische Ausschmückung und Schaffung eines Denkmals soll später ein Beschluß herbeigeführt werden. Der Antrag fand die Zustimmung der Verammlung. Die Stadtverordneten Arnold und Genossen hatten den Antrag auf Schaffung einer Lebensmittelkommission gestellt. Genosse Arnold begründet den Antrag. Unter anderem weist er darauf hin, daß nicht nur in Arbeiterfreizeiten, sondern auch in der weiten bürgerlichen Bevölkerung eine Ungleichheit in der Verteilung von Lebensmitteln wie in der Knappheit überhaupt herrsche. Hinzu kommt noch die knappe Kohlenzufuhr. Ferner brachte er noch einen Teil des Inhalts eines Briefes, welcher seitens des Gewerkschaftsrates in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kriegsausgleiches für Konjunkturinteressen an ihn gerichtet war betreffs Schaffung eines Lebensmittelausgleiches, zur Verlesung. Hierauf verbrachte sich der Oberbürgermeister längere Zeit zu dem Antrag und gab Aufklärung über die vom Genossen Arnold vorgebrachten Beschwerden. Der Oberbürgermeister gab auch zu, daß er der Schaffung einer Lebensmittelkommission nicht unpatriotisch gegenüberstehe, aber er hegte trotzdem einige Bedenken dagegen und wolle dem Magistrat die Zusammenfassung der Kommission überlassen bleiben. Die Stadtverordneten Wichmann, Langenbeck und Ulrich treten für den Antrag Arnold ein. Genosse Arnold wies dann noch darauf hin, daß man auf die Arbeiter größerer Betriebe und auf das Gemeindefratspartei bei der Zusammenfassung der Kommission Rücksicht nehmen möge. Nach einigem Für und Wider stellte schließlich Genosse Arnold den Antrag auf namentliche Abstimmung. Das Resultat war die Annahme des Antrags Arnold und Genossen. Somit ist endlich einem lang gehegten Wunsch der Arbeiterklasse Rechnung getragen worden. Es lag dann noch ein Antrag Arnold und Genossen vor. Er betraf die Verteilung von Lebensmitteln. Die Ortsbehörde sollte sie nur einfordern. Wir meinen, die vorhandenen Lebensmittel müssen auch ohne Aufzweckung gleichmäßig verteilt werden. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Ueber die Mehrlieferung gehen uns ebenfalls fortwährend Beschwerden zu. Die Verteilung erfolgt unregelmäßig. Oft kommt es vor, daß die Bäcker nicht backen können, weil kein Mehl da ist. Auch sonst fehlt es. Nudeln, Griech, Pasterloden usw. hat es schon lange nicht gegeben. Hinzu kommt noch die unzulässige Preissteigerung für alle Produkte und Bedarfsartikel. So wurde vor dem Kriege für 5 bis 6 Mark verkauft, die Kleingeld für 120 Mark, für 1 Paar Strümpfe, die von der Verteilungsstelle für 3 oder 4 Mark geliefert werden, 12 Mark verlangt. Die Hochpreise helfen nur noch zum Höchsten auf dem Papier. Die Eier nach Geld, das jedes bessere Gefühl erriecht. Hoffentlich wird die Verteilung doch wieder triumphieren, damit die Wölter aus diesem Elend erlöst werden.

(Kriegsbeschädigten-Versammlung.) Die Kriegsbeschädigten-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Kreisbeschädigten-Bundes, die am Sonntag im Hauptklub Lokal stattfand, war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Stendenburg, daß trotz der kurzen Zeit des Bestehens dieser Ortsgruppe die Mitgliederzahl bereits über 70 betrage, ein Beweis dafür, daß der Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegskrümer durchaus notwendig sei. Sodann gab Stendenburg in einem recht ausführlichen und sehr lebhaftem Referat über Ziele und Aufgaben unserer

(Kriegsbeschädigten-Versammlung.) Die Kriegsbeschädigten-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Kreisbeschädigten-Bundes, die am Sonntag im Hauptklub Lokal stattfand, war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Stendenburg, daß trotz der kurzen Zeit des Bestehens dieser Ortsgruppe die Mitgliederzahl bereits über 70 betrage, ein Beweis dafür, daß der Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegskrümer durchaus notwendig sei. Sodann gab Stendenburg in einem recht ausführlichen und sehr lebhaftem Referat über Ziele und Aufgaben unserer

(Kriegsbeschädigten-Versammlung.) Die Kriegsbeschädigten-Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des Kreisbeschädigten-Bundes, die am Sonntag im Hauptklub Lokal stattfand, war trotz des schlechten Wetters gut besucht. Einleitend bemerkte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Stendenburg, daß trotz der kurzen Zeit des Bestehens dieser Ortsgruppe die Mitgliederzahl bereits über 70 betrage, ein Beweis dafür, daß der Zusammenschluß der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegskrümer durchaus notwendig sei. Sodann gab Stendenburg in einem recht ausführlichen und sehr lebhaftem Referat über Ziele und Aufgaben unserer

Der Mobilmachungs-
Auschuß vom Roten Kreuz



Das
Städtische Wohlfahrtsamt

Am 9. Dezember 1917

beginnt die

Weihnachts-Hausammlung!

Ihr voller Ertrag soll den dankbaren Weihnachts-
gruß der Heimat für unser Heer schaffen helfen.

Weihnachtszeit ist Bebezeit!

Der Mobilmachungs-Auschuß vom Roten Kreuz.

Wir bitten nur auf unser graues Sammelbuch mit dem Roten Kreuz einzuzahlen.

Bekanntmachung.
1. Die Zwischenscheine für die 4 1/2 % Scha-
anweisungen der VI. Kriegsanleihe können vom
10. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.
Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8,
Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenein-
richtung bis zum 15. Juli 1918 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeit-
punkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegs-
anleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb
dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsstunden bei
den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbank-
anstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb
der Stücknummer mit ihrem Firmensiegel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 5 % Schuldverschreibungen der
VI. Kriegsanleihe findet gemäß unserer Mitte v. M. B. veröffentlichten Bekanntmachung bereits
seit dem

26. November d. Js.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie
bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen für die I., III., IV. und V. Kriegsanleihe ist eine größere
Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke mit den bereits seit 1. April 1915, 1. Oktober 1915,
2. Januar, 1. Juli und 1. Oktober d. Js. fällig gewordenen Zinsscheinen umgetauscht worden. Die
Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei
der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Um-
tausch einzureichen.

Berlin, im Dezember 1917.

Reichsbank-Direktorium.

Savenstein. v. Grimm.

**Musikhaus
Weber**
Joh. H. Seelig
jetzt Königshof 9.

Sprechapparate
mit und ohne Zylinder

Schallplatten
einen große Auswahl

Neueste Schloßer
Werkzeuge

Alle Ersatzteile!
Reparaturen prompt!
Für alle Marken
höchste Preise.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Magdeburg.

Worum: Große Ringstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags 9 1/2 bis 1 und 5 bis 7 Uhr.
Sonntags durchgehend von 9 bis 4 Uhr. Sonntags geschlossen. — Telefonamt 1012.

Sonabend den 8. Dezember, abends Punkt 8 Uhr
Bezirk Groß-Öttersleben und Bennedenbed
Mitglieder-Versammlung
— im Lokale der Witwe Strumpf —

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen E. Hoffmann über Arbeits-
kammergesetz und § 153 der Gewerbeordnung. Bericht der Bezirks-
leitung und Auswahl derselben. 3. Erteilung zur Generalversammlung
und sonstige Verbandsfragen.

Sonntag, 9. Dezember, vormitt. Punkt 10 1/2 Uhr
Generalversammlung
der Mitglieder aller zur Verwaltungsstelle gehörenden Bezirke
und Branchen
in der „Deutschen Fabrik“, Grünstraße 1

Tagesordnung: 1. Wahl der Funktionäre. 2. Bericht
von der Bezirksleitung. 3. Beratung von Anträgen aus
den Bezirken. 4. Geschäftliche Mitteilungen.

Der Eintritt zur Generalversammlung ist nur den Mitgliedern des Ver-
bands gestattet, die sich durch ihr Mitgliedsbuch ausweisen können.
Nicht geladene Besuch erbeten.
Die Verwaltung.

Erste Magdeburger
Sprechapparate-Klinik.
Muskeln, Zehrgelähm., Krampf-
krämpfe, Nerven, Nadeln usw.
für Sprechapparate. Leistungsfähige
Reparatur. — Werkstatt am
Platz. W. Raap, Hotelstr. 2.

**ZENTRAL-
THEATER**

Abendstück 6 1/2 Uhr
sonstige
Sonntags 3 1/2 und 6 1/2
die so überaus erfolgreiche
Operette

**Liebe
im Schnee.**

Dienstag, 11. Dezember
Jubiläumsvorstellung
Zum 50. Male!
Liebe im Schnee.

Nur 2 Tage! Im Nur 2 Tage!
Zirkus Blumenfeld.

Sonabend den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr
Große Gala-Eröffnungs-Vorstellung
des gänzlich neuen erstklassigen
Spezialitäten-Spielplans, Weltstadt-Programm!

Leo Almay
Manipulator.

Geschw. Fernando
akrobat. und moderne Tänze.

Ericks und Sohn
die unvergleichlichen Hand-
und Kopftrokatoren.

Franziska Seidburg
Charakter-Soubrette.

Dandi und Dandby
die urkomischen Janggehirnen.

Adolf Hartley
der bekannte Humorist mit
seinen Schlegeln.

Die Kinder der Pusta
3 Damen, vorzügliches
Gesangs- und Tanz-Trio.

Sonntag 2 große Vorstellungen
4 Uhr nachmittags 7 1/2 Uhr abends
— Das Gold dem Vaterland —
Bei 20 Mark in Gold 1 Freispiel Tribune
10 „ „ „ 1. „ 874
1 „ „ „ 1. „ „ „
Abendpreise:loge 2,50, Sperrst. 1,75, Pianee 1,55,
Tribüne 1,35, 1. „ 1,10, 2. „ 0,80, Galerie 0,50.
Im Vorverkauf ab heute: C. Jacobs (Ulrichsbogen),
Gebr. Barasch (Erstjahrgang), Hans Blüme-Baukt, Sig-
Geißel, Reubinder Straße 11, und ab Freitag an der
Zirkusstraße von 11 bis 1 Uhr und abends 6 Uhr.

Brennholz,
Sägen, Holz, etc.

Obstbäume
Kleiner Obstbaum-
pflanzung.

Kleine Möbelwagen
für den Garten.

**Kriegs-Liebes- und
Witz-Karten**
für den Krieg.

Gewerkschaftskartell Magdeburg

Sonntag den 6. Dezember, 7 1/2 Uhr
abends, in der Reichshalle, Kaiserstr. 19
Versammlung
der Delegierten und Vorstände.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften.
2. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften.
3. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften.
4. Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaften.

**Zentral-Theater-
Restaurant.**

Sonabend 6 Uhr:
Unter den Ehrenkränzen seiner
Ehre des Kommandierenden
Generals des 4. Armeekorps
Herrn Generalleutnant
Sonntag
— Großes —
Wohltätigkeitskonzert
veranstaltet von der
Kassiererin des Zentral-Theaters
zugunsten der
Wohltätigkeit der
Verwundetens in den bis-
signo Lazaretten.
Eintrittskarten erhältlich.

Offiziere: 867
2000 Zentner
Eichen- und Birken-Brennholz
offenrecht gechnitten, auch in kleineren
Längen abzugeben. 868
Schubert & Hohgrabe,
Ambrosiusplatz 4. Telefon 7212.

Wilhelm-Theater.
Donnerstag und Freitag
Der Beltendummier.
Sonabend, 8. Dezember, 8 1/2 Uhr
Dornröschen.
Abends 7 Uhr
Die tolle Komtesse.

**Militär-
Schreibzeug für den
Kriegsdienst**

L. Hase, Leipzig

Wendlandtschänke

Doctor Wespe
Freitag:
Doctor Wespe
Sonabend nachm. 4 Uhr
Rottäppchen.
Sonabend abends 7 1/2 Uhr
Königin Luise
Eröffnet in 4 Akten
von Georg Harn.
Freitag: 8 1/2 Uhr
Sonabend: 8 1/2 Uhr

Fürstentum-Theater

Die im Mai
3. die geliebte Frau
Eröffnet in 4 Akten
von Georg Harn.
Freitag: 8 1/2 Uhr
Sonabend: 8 1/2 Uhr

Kammer-Lichtspiele

Heute Donnerstag zum letztenmal:
Viggo Larsen
in
Das Nachträtsel
Ernst Lubitsch
in
Der Blusenkönig

Ab Freitag:
Arnold Rieck
in
Musketier
Kaczmarek

Panorama

Ab Freitag:
Lotte
**Neu-
mann**

Tonbild-Theater

Tresorfach
Nr. 21
Die Wacht
am
Stammtisch

Ab Freitag:
Lu Synd
in
Nächte des
Grauens

Weißer Wand u. Colosseum

Henny Porten
in
Höhenluft
Der Kaiser
in Konstan-
tinopel

Ab Freitag:
Max Landa
in
Krähen fliegen
um den Turm

Die Agitation der Vaterlandspartei.

Unaufhörlich gehen Mitteilungen über die eigenartige Agitation der Deutschen Vaterlandspartei durch die Presse. In Neustettin erklärte Papdrat a. D. von Bonin (Bahrenbusch) u. a.:

Sollen wir die Hände müßig in den Schoß legen? Sollen wir unätig zusehen, wie der Reichstag immer weiter dem Abgrund zueilt? Viel können wir freilich nicht tun, aber was wir tun können, das müssen wir auch tun, das ist unsere patriotische Pflicht! Wir können protestieren gegen die Politik des Reichstags, der sich während des Krieges mehr und mehr zu einer Verherrlichung des deutschen Volkes erwandelt hat, in der die rote, die goldene und die schwarze Sozialdemokratie sich verbrüder haben und den Engländern die Hände arbeiten. Wir können von der Reichsregierung verlangen, daß sie diesen Arbeiter- und Soldatenrat, wie man die Reichstagsmehrheit wohl bezeichnen kann, die sich im Reichstag als Nebenregierung etabliert hat und nach bekehrten Ministern Minister ein- und ausstößt — nach Hause schickt und dem deutschen Volke Gelegenheit bietet seinen politischen Wünschen und Anschauungen im Neuwahlen Ausdruck zu geben!

Das ist der „Burgfriede“ und die Wiederherstellung der „Einmütigkeit des deutschen Volkes“, wie sie die Vaterlandspartei aufstiftet. Im Anschluß an die Rede des Herrn v. Bonin wurde folgendes Telegramm an den Kaiser abgefaßt:

Er. Majestät bitten 1000 in Neustettin versammelte treue Kommern verschiedener Parteien, unter Wiederholung des Gelübdes unverrücklicher Treue und Untertänigkeit, dem deutschen Volke durch Auflösung des Reichstags die Möglichkeit zu wollen, seinen von der Reichstagsmehrheit weit abweichenden politischen Anschauungen und Wünschen Ausdruck zu geben.

In Liegnitz charakterisierte der Redner der Vaterlandspartei, Pastor Felmy, die Ansichten der Parteimitglieder wie folgt:

Wir sind keine Ideologen, keine müßigen Grübler, sondern Wirklichkeitspolitiker, die eingesehen haben, daß ein heiliger Friede nur auf Macht und nicht auf Verträge gegründet sein kann, weil die Gegensätze zwischen den Völkern unüberbrückbar sind.

In dem Mund eines Pfarrers klingen diese Worte besonders überzeugend. Endlich möchten wir noch folgende interessante Tatsache verzeichnen: Im „Kujawischen Boten“ zu Posen (Nr. 274 vom 22. November) zwei Inserate, die höchst widerspruchsvoll sind. Auf der ersten Spalte des Anzeigenteils macht der stellvertretende Kommandierende General des zweiten Armeekorps bekannt, daß die Ankündigung öffentlicher politischer Versammlungen, welche verboten seien, unterjagt wird. Unter das Verbot falle auch die Ankündigung, daß zu politischen Versammlungen Personen eingeladen werden, welche erst Mitglieder werden wollen. In der zweiten Spalte ladet die Vaterlandspartei zu einer großen Versammlung ein, in der eine Ortsgruppe begründet werden solle. Die Versammlung werde von dem Ersten Bürgermeister Eschenbach eröffnet werden und Herr Oberst v. Senedbreck (Markowicz), Mitglied des Herrenhauses, werde über „Die Ziele der Deutschen Vaterlandspartei“ sprechen. Um ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es sich um keine Mitglieder-, sondern um eine öffentliche Versammlung handle, wird darauf aufmerksam gemacht, daß „Listen zur Beitrittserklärung am Eingang des Saales ausliegen“. Diese Versammlung fand übrigens in der Aula der städtischen Knabenmittelschule statt. Wie sind diese beiden Inserate miteinander in Einklang zu bringen? —

Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Am 4. Dezember fand in Berlin die Gründungsversammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland statt. Der Volksbund stellt einen Zusammenschluß großer deutscher Wirtschaftsverbände dar, außerdem ist bereits eine namhafte Zahl von Einzelpersonlichkeiten beigetreten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Professor Dr. C. Franke gewählt. Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Reichstagsabgeordneter Bauer (Soz.), zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden Generalsekretär Stegerwald. Neben dem aus neun Personen bestehenden Vorstand wurde ein Arbeitsbeirat und ein Ausschuß eingesetzt.

Der Volksbund, der eine Verbindung von auswärtiger und innerer Politik auf volkstümlicher freiheitlicher Grundlage anstrebt, wird sich in nächster Zeit mit einem Aufruf an die weiteste Öffentlichkeit wenden.

Die Geschäftsstelle des Volksbundes befindet sich in Berlin W. 30, Rollendorffstraße 29/30. —

Das Ende des badischen Großblocks.

Im letzten Ausschuß des Badischen Landtags hat der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Genosse Wilhelm Kolb, am Freitag die Erklärung abgegeben, daß sie den Großblock als nicht mehr bestehend betrachte. Daraufhin ist ein Zentrumskandidat zum ersten Präsidenten des Badischen Landtags gewählt worden.

In einem Leitartikel des Karlsruher „Volksfreundes“ begründet Kolb das Vorgehen der Sozialdemokratie. Nachdem die Nationalliberalen im Reich die Verteidigung des Friedens und in Baden gegen die Vereitelung der Klassenwahl bei den Gemeindevahlen eingetreten seien, sei es für die Sozialdemokratie rein unmöglich geworden, am Großblock festzuhalten. So sei der Widerstand gegen den Großblock in der sozialdemokratischen Partei laminarartig angeschwollen, und die letzte Hoffnung, die Umgestaltung in Baden mit den Nationalliberalen zusammen zu bewerkstelligen, müsse scheitern.

Welche politische Folgen das Ende des Großblocks haben werde, müsse nach der weiteren Entwicklung über-

lassen. Die Sozialdemokratie sehe der Zukunft mit größter Ruhe und mit Zuversicht entgegen. Sie sei nach wie vor bereit, mit den Nationalliberalen zusammen für den politischen Fortschritt im Lande zu arbeiten, aber sie sei ebenso bereit, zu diesem Zwecke mit dem Zentrum zusammenzugehen. Auf den Nationalliberalen allein laste die Verantwortung dafür, daß der Großblock bei allen irgendwie bedeutenden politischen Aktionen versage habe.

Bei der Bedeutung, welche die Bildung des badischen Großblocks für die deutsche Parteientwicklung und namentlich für die innern Kämpfe in der Sozialdemokratie gehabt hat, wird seine Auflösung gerade in der jetzigen Zeit gewiß nicht unbeachtet bleiben. —

Die Solberhöhung für Soldaten.

Auf den neuen Anstoß des Abgeordneten Scheidemann über die Erhöhung der Soldatenlöhne hat im Hauptauschuß General v. Oven erklärt, Verwaltung und Reichsleitung hätten sich nun geeinigt, allen Mannschaften eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne von 33 1/2 Prozent und den Unteroffizieren eine solche von 20 Prozent zu gewähren. Es werden also dann erhalten die

Mannschaften in der Heimat in 10 Tagen	4,40 Mk.
im Felde	7,10 "
Unteroffiziere in der Heimat	10,00 "
im Felde	16,10 "

Die erste Auszahlung soll nach den Zusagen des Generals v. Oven bis Weihnachten erfolgen. —

Notizen.

Amerika will Oesterreich den Krieg erklären. Aus Washington meldet Reuters: In seiner Botschaft an den Kongreß empfiehlt Wilson, Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären. —

Eine neugierige Frage. Der fortschrittliche Abg. Kopisch hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Mit dem Herrn Reichsanzler bekannt, daß sich in der Residenzstadt Darmstadt auf der dem früheren russischen Zaren eigentümlich gehörigen, also im Privatbesitz befindlichen Kapelle ein durch die Bekanntmachung des hiesigen Generalkommandos des 18. Armeekorps beschlagnahmtes, mit vergoldeten Kupferstücken versehenes Kupferdach befindet, das zu entfernen die großherzogliche Regierung sich weigert, während sie andererseits die Kupferbedachungen an öffentlichen Gebäuden, z. B. der Christuskirche in Mainz, dem Bahnhofgebäude und der Bibliothek in Gießen, dem Museum in Darmstadt usw. abnehmen läßt, und was gegen den Herr Reichsanzler gegenüber diesem mit der oben erwähnten Bekanntmachung und der öffentlichen Meinung in großem Widerspruch stehenden Verhalten der hiesigen Regierung zu tun?“

Wucher mit Nähgarnen. Das Kriegswucheramt in Berlin hat die Firma Otto Flatau & Co. (Gutjahr Gampny) Berlin, Mühlenstraße 152, des Wuchers mit Nähgarnen überführt. Die Frau des Firmeninhabers, Frau Paula Gampny, hatte Kenntnis erhalten, daß ein großes Berliner Konfektionshaus, dessen Kundin sie war, Nähgarn für seine Arbeitsstühle dringend benötigte. Frau Gampny hielt in ihrem Warenhaus Nähgarn in Ueberfülle vorrätig, die sie für höchstens 50 Pfennig pro Rolle eingekauft hatte. Sie ließ der Konfektionsfirma das Garn mit 6,75 Mark und einer anderen Firma mit 6,00 Mark pro Rolle anbieten. Es wurden auf diese Weise, soweit festgestellt werden konnte, 1020 Rollen für 6860 Mark umgesetzt. Die Frau Gampny bei ihrer Vernehmung selbst zugeben mußte, hatte die Ware einen realen Wert von ungefähr 400 Mark. Das Kriegswucheramt konnte im Warenhaus Flatau noch etwa 15 000 Rollen im Gewicht von mehreren Zentnern beschlagnahmen. Seit Wochen hatte Frau Gampny den Verkaufserlösen Anwendung gegeben, an Lebensmitteln keine Garne mehr abzugeben. Die Geschäftsfrau und ihr Vetter wurden festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeworfen. —

Vom Kriegs-Gänsefleisch. Von „zuständiger Seite“ wird der Presse mitgeteilt: „Seit dem 25. November ist den Juchtern und Mäthern von Gänsen der Abjag geschlachteter Gänse an Verbraucher verboten. In geringem Umfange kann der Handel auch jetzt noch geschlachtete Ware auf Lager haben, mit der er sich vor dem 25. November eingedeckt hat. Lebende Ware, die angeboten wird, kann aber nur Schleichhandelsware sein. Aus diesen Gründen ist von zuständiger Seite in Aussicht genommen, die Abgabe von Schlachtgänsen jetzt nur noch an den Kommunalverband selbst zuzulassen. Diese an die Kommunalverbände abgelieferten Gänse sollen möglichst den großen Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern überlassen werden, wobei den Kommunalverbänden eine Ueberreichung des Großhandelshöchstpreises um 15 Pfennig für das Pfund zugelassen wird. Eine Reduzierung der Kleinhandelshöchstpreise wird dadurch aber nicht erforderlich.“ — Am wunderlichsten an dieser wunderlichen Mitteilung, die den Juchtern Gänsebraten verspricht, der nur in der Theorie existiert, ist die Bemerkung über den Kleinhandelspreis. Das Kriegsernährungsamt hat ihn auf 4 25 Mark für das Pfund festgelegt, eine Reihe Lokalbehörden haben ihn mehr als verdoppelt. Welchen Kleinhandelspreis meint nun die „zuständige Stelle“? Eine Antwort wäre immerhin interessant, wenn sie auch nur eine geringe praktische Bedeutung hätte, denn erstens wird es keine Gänse auf legalem Wege geben und zweitens wird kein Höchstpreis beachtet ganz gleich, ob er von zentraler oder lokaler Stelle festgelegt wird. —

Zusammentritt der Konstituante. Die russischen Blätter bringen einen Regierungsbescheid, wonach die verfassunggebende Nationalversammlung am 11. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in den Zarenischen Palast einberufen wird. „Berlingische Tidende“ veröffentlicht eine Meldung des Petersburger „Dien“, wonach der Kaiser der Volkskommission an „Vorläufige des Revolutionärsbeschlusses“ beschlossen hat, die verfassunggebende Nationalversammlung zu eröffnen. Der Untersuchungsausschuß des Revolutionärsbeschlusses habe beschlossen, die Untersuchung gegen einzelne frühere Minister einzustellen und nur drei frühere Minister unter Anklage zu stellen, nämlich den Marineminister Werscherowski, weil er eigenmächtig seinen Posten verlassen habe, Terebitschenski, weil er zum Schaden Russlands diplomatische Geheimverträge abgeschlossen habe, und den Sozialminister Kischin, weil er gegen die Volkswirtschaftsregierung einen bewaffneten Widerstand organisiert habe. —

Trost gegen das „Werkenteln“. „Allgemeines Handelsblatt“ zufolge meldet „Daily Chronicle“, daß Trost am Freitag im Sowjet eine Rede über die internationale Lage hielt, in der er sagte: „Wir werden bei den Verhandlungen auf der Hut sein und nicht zulassen, daß die Grundzüge eines allgemeinen Friedens, für die die russische Revolution kämpft, weggedenkt werden. Wir werden keine Ausflüchte dulden und sowohl an unsere Verbündeten wie an unsere Feinde unterschiedene Forderungen stellen.“

Abkaffung aller Klassen und Titel. Lenin hat folgenden Erlaß über die Abkaffung aller Klasseneinteilungen und aller Titel in Rußland ausgearbeitet: Alle in Rußland bis jetzt geltenden Ständes- und Klasseneinteilungen, Klassenorganisationen und Institutionen sowohl wie bürgerliche Titel werden abgeschafft. Alle Bezeichnungen, wie Adliger, Bauer, Kaufmann und Bürger, Titel wie Fürst, Graf, und die Titel bürgerlicher Beamter, Geheimrat, Staatsrat usw. werden abgeschafft und durch eine für die Bevölkerung von ganz Rußland gemeinsame Bezeichnung ersetzt: Bürger der russischen Republik. Das Eigentum aller Adels- und Ständeinstitutionen soll unverzüglich der zuständigen Semstwobehörde übergeben werden. Das Eigentum des Kaufmannsstandes und der Bürgerchaft geht ebenso unterzüglich an die betreffende Stadt- und Semstwoverwaltung über. Die Proklamation tritt am Tage nach der Ausfertigung in Kraft und wird sofort von den örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten verwirklicht. —

Republik Sibirien. Das Kopenhagener Blatt „Berlingste Tidende“ veröffentlicht eine Meldung des „Miro Rossij“, wonach es sich bestätigt, daß Sibirien sich als unabhängige Republik erklärt und in Omsk unter dem Präsidenten Potapin eine eigne Regierung gebildet habe, die ihren Sitz im früheren Gouvernementsgebäude aufgeschlagen hat. Die neue weißgrüne sibirische Flagge weht von allen öffentlichen Gebäuden. Alle Teile Sibiriens hätten sich der neuen republikanischen Regierung angeschlossen. Auch der Kaufasus sei im Begriff, sich von Rußland loszusagen und eine eigne Regierung zu bilden, zu deren Ministerpräsidenten der frühere Bürgermeister von Daku, Durich, ausersehen sei. —

Waffenstillstand auch mit Rumänien

W. Z. B. Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1917. (Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In der flandrischen Front vielfach lebhaftere Artillerietätigkeit.

Zwischen Ypern und Dourlon war das Feuer am Nachmittag erheblich gesteigert. Feindliche Vorstöße südlich von Noeuville scheiterten; wir machten einige Gefangene.

Englische Grabenlinie bei und südlich von Marcvins wurden vom Feinde gekübert.

Südlich von St.-Quentin verstärkter Artillerie- und Minenkampf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

In zahlreichen Abschnitten führte rege beiderseitige Erkundungstätigkeit zu heftigen Nachkämpfen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Front des Erzherzogs Joseph und der Heeresgruppe Madonen dehnen sich die Waffenstillstandsverhandlungen auch auf die rumänischen Truppen aus.

Mazedonische Front.

Stärkere feindliche Abteilungen, die an dem Westufer des Ohridsees und nordöstlich vom Dojransee vorrückten, wurden abgewiesen.

Italienische Front.

Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den Stetten Gemeinden den Italienern einige Höhenstellungen entziffen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Truppen des Feldmarschalls Conrad haben in den Stetten Gemeinden den Italienern einige Höhenstellungen entziffen.

Depeschen.

Amerika und Deutschlands Bundesgenossen.

W. Z. B. Washington, 5. Dezember. (Reuters.) Eine von Senat und Repräsentantenhaus zu beratende Entschließung, welche erklärt, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei der Kriegszustand besteht, ist im Senat eingebracht und ohne Verhandlung an den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten verwiesen worden. —

Die Alliiertenkonferenz.

W. Z. B. Paris, 4. Dezember. Im heutigen Ministerrat gab Pichon die Ergebnisse der Alliiertenkonferenz bekannt. Die Konferenz habe unter allen Gesichtspunkten Ergebnisse erzielt, zu denen man sich beglückwünschen könne. Sie habe es gestraft, die Einheit des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Handlungsfeldes sicherzustellen. Auf der Grundlage vollkommener Einmütigkeit und enger Solidarität seien zwischen den Alliierten Abkommen geschlossen zur Lösung der Fragen, die ihre gemeinsame Rolle im Krieg angingen. Die finanziellen Bedürfnisse der Alliierten, die Erfordernisse ihrer Bewaffnung und ihre Transport- und Verpflegungsbedürfnisse seien der Gegenstand eingehender Prüfung gewesen und hätten zu Beschlüssen, die ihnen vollkommene Genugtuung verbürgten, geführt. Die Schaffung eines internationalen obersten Marineauschusses sei geplant. Vom militärischen Standpunkt aus sei eine Einheit des Handelns auf dem Wege gesicherter Verwirklichung gebracht durch einen Generalstab der Alliierten, der nach einem Programm, das sich auf alle auf der Tagesordnung stehende Fragen beziehe, zu arbeiten haben werde. In diplomatischer Beziehung hätte sich zwischen den Vertretern der Mächte vollkommene Uebereinstimmung, aus den Unterhaltungen ergeben über alle Angelegenheiten, die sie gemeinsam zu erledigen hätten, um den gemeinsamen Sieg ihrer Länder zu sichern.

Basta-Wein

Das Beste für 6360
Blutarme, Magenleidende, Genesende
rot herb, rot halbsüß, weiß mild u. weiß süß
1/2 Flasche Mk. 7.50 mit Fl.
Überall zu haben.

Arbeitsmarkt

Maurer und Bauarbeiter

finden dauernde Beschäftigung.
Magdeburg, Bau- u. Credit-Bank
Kaiserstraße 83. 6317

Maurer u. Handarbeiter
gehüch. Patronenfabrik Poststr.
zu mieten beim Polier Kranje.
Gustav Stieger. 6340

Ein Kutscher

sofort gesucht. 666
August Lehmann,
Expedition und Möbeltransport.
Hahnenstr. 6. Fernspr. 3146.

Suche sofort
eine Frau oder
jung. Mädchen
Hausarb. Schallz, Köthener Str. 3

Unabhängige Damen u. f. erwa.
tichtige, redigierbare Bedienstete
sofort als Reisende
gehüch. Effekt mit unv. Angab.
unter B 867 u. d. Exp. d. Bl.

Für Reparaturen
an Herres-Kraftwagen
per sofort tüchtige

Schlosser und Monteure

gehüch. 6375
Schlosserlehrlinge

welche jetzt auslernen, werden
sofort oder später eingestellt.
Angebote erbeten an

A. Rose

Automobilhaus
Magdeburg-S., Actarstr. 11.

Für Instandhaltung
meiner Schmelzöfen
und Heizung bes-
selben suche ich eine

Zentrale Aufwartung

Bruck,
Willystraße 1.

Zu dauernde Beschäfti-
gung suche ich

Stickerinnen

in Hemden für
Boden- u. Flachbeutel.
Angebote werden bei mir
in der Fabrik angelehnt.

Sings Heßborn
Friedrichsstraße
Magdeburg-Neustadt.

Geübte Maschinenstopferinnen
Kögler Straße 11, Hof links.

Zementdielenleger

zur Aufstellung für Gassen u. Hof u. G.
sofort Polier Störzen.
Baustelle Magdeburg-Neustadt
Erichstr. 29.

Tüchtige Wickelmacher Zigarettenmacher

Aufsetzer und Zurichter
Tabak- u. Zigarettenfabrik Paul Heßner & Co.
Fabrik: Weichberg 21. 6348

Abhand-Maurer und Bauarbeiter

für Kriegsbau sofort gesucht. In anderen Städten Magdeburg
Rauke 11/12. 6348

Tüchtige Arbeiter

Paul Siebert, Magdeburg.

Zuverlässiger Kutscher

Brauerei Bodenstein,
Magdeburg-Neustadt.

Sackträger

suchen sofort eingestellt
Zuckerraffinerie Magdeburg
Magdeburg, Halberstädter Straße 76.

Stroh-Hüte

werden zum Impressen angenommen.

Es liegt im Interesse meiner werten Kundschaft, die
Hüte schon jetzt zur Impressung zu bringen, da bei
den jetzt schwierigen Fabrikationsverhältnissen mit
unvorhergesehenen Störungen gerechnet werden muß.

Großes Lager in
Favorit-Schnittmustern
Favorit-Moden-Album
80 Pfennig

H. Lublin

Sieverlings Etagegeschäft

Durch frühzeitigen Einkauf habe großes Lager aus noch guten Stoffen und zu
jetztigen Preisen

Damen-Garderoben Große Auswahl Reisetaschen in Ustern und Mänteln in Stoff, Wollstoffen und Samt Jacken, Kostümen Röcken und Blusen	Pelzwaren Gr. Auswahl in Garnituren sowie einzelne Kollern, Boas und Muffen in vielen Sorten u. moderner Ausstattung Große Auswahl in Kleidern, Mänteln, etc.	Herren-Garderoben Große Auswahl auch für Burlachen Schicke Anzüge Paletots u. schwere Ulster Lieferer Erfah. für Maßarbeit!
---	--	---

Trauer-

Hüte, Kleider, Blusen, Röcke
Handschuhe, Schleier, Krepps-
Schürzen usw.
in allen Preislagen und größter Auswahl
Schnellste Anfertigung von Trauerkleidern

Lange & Münzer

Breiteweg 51, 51a, 52

Prima Würstchen

und Würst. a. Kömchen u. Roll-
fleisch (Hef. Fleisch) Pfl. 3.50 Mk.
Nachh. Eign.-Vers. Versand von
5 Pfund ab. Reichslichter und
Wurstfabrik Arthur Schmidt-
ler, Zwickau i. S. 2.

Rechtsanw.

Lehmann, Gr. Mühlenstraße 5
Kriegs- u. alle gerichtl. Arbeit.
Sprechstunden 9-1, 3-7 Uhr
— Sprechzimmer 735. —

Alex Friedländer

Zahn-Atelier
Breiteweg 103
Sprechstunden: 9-12, 2-7 Uhr

Photographisches

Magdeburg.
Abzüge nach jeder
Platte oder Film bei 100
Stück von 6.00 Mk. an.
Eig. Fotostud. 10 000 Stück.

Nationaler Frauentienst.

Am 22. November sind nach langer Pause eine außerordentlich
große Anzahl von Frauen in die Reihen der Nationalen Frauentruppe
eingetreten. Die Nationalen Frauentruppen sind die einzigen
in der Reichswehr, die sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzen.
Die Nationalen Frauentruppen sind die einzigen in der Reichswehr,
die sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzen. Die Nationalen
Frauentruppen sind die einzigen in der Reichswehr, die sich
ausschließlich aus Frauen zusammensetzen. Die Nationalen Frauentruppen
sind die einzigen in der Reichswehr, die sich ausschließlich aus Frauen
zusammensetzen. Die Nationalen Frauentruppen sind die einzigen in der
Reichswehr, die sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzen.

Kränzen

Friedr. Vogeler
Neust. Mag. Tel. 4116.

Arbeiter

Magdeburg, Köthener Str. 2

Carl Schramm, Ulrichstraße

Große Auswahl in
Kleider-Mantelstoffen
Haarschmuck
nicht das Neueste
**Geldtaschen für Papier-
und Silbergeld, Brief- u.
Zigarettenaschen sowie
sämtliche Lederwaren**
Kamm- u. Bürstenwaren
Parfüms, Haar- u. Kopf-
wasser, Hautcreme
Rasiercreme, Puder etc.

Zum Weihnachtsfest!

Herren- und Damenketten, Schmucksachen und Bilderschmuck
in echt Silber und Gold, im Tragen wie echt Gold.
Verlobungsringe in echt Gold.
Emaille-Silber werden angefertigt.

H. Vaternacht, G. Haferkorn Nchflgr.

W. Wilhelmstr., Gr. Dier-
borner Str. 215, Ecke Ullrichstr.
G. Haferkorn Nchflgr.,
(ohne Flasche).
Dreienbregel-
straße 12a.

Verkaufskontor der Gabrielzede

6364
Fernsprecher 608 und 659.

Kümmelgewürz

(Erfah. für Kümmelkörner)
für Kohlbeben, Wurk ujm.
Harm. Musche, Wühlwurmlöcher

Haar

anzufertigen, somit
zu höchsten Preisen
Geblühter,
Breiteweg 110,
(Eing. Krötenstr.)

Otto Klemme

am 27. November im 37. Lebensjahr infolge Verletzung
der Lunge durch Granatplitze dem schrecklichen Welt-
krieg zum Opfer gefallen ist.
Felsleben, den 4. Dezember 1917.
In tiefem Schmerz
Dorothee Klemme geb. Hahn
und Kinder nebst allen Verwandten.
Geführt, bewahrt und unversehrt.